
2. Verleihung des

CARLO-SCHMID-PREISES

am Samstag, den 9. November 1991

im Mannheimer Schloß.

CARLO-SCHMID-STIFTUNG

DER CARLO-SCHMID-PREIS 1991

wird verliehen an:

Dr. Manfred Stolpe

1986 hatte der baden-württembergische SPD-Landesvorstand die Gründung der Carlo-Schmid-Stiftung beschlossen. Am 9. November 1991, zwölf Jahre nach dem Tod von Carlo Schmid, wurde der zweite Carlo-Schmid-Preis an Dr. Manfred Stolpe verliehen.

Das Kuratorium der Stiftung mit den Mitgliedern

Ulrich Maurer MdL (Vorsitzender),

Prof. Dr. Klaus von Beyme,

Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde,

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB,

Prof. Dr. Thomas Ellwein,

Dr. Peter Glotz MdB,

Prof. Dr. Alfred Grosser,

Friedrich Hölscher,

Hans-Jörg Kimmich,

Edzard Reuter,

Wolfgang Thierse, MdB,

Gerhard Widder

Dr. Monika Wulf-Mathies

hat Dr. Manfred Stolpe als Preisträger bestimmt.

Der Vorstand der Carlo-Schmid-Stiftung, dem

Sigmar Mosdorf, Dr. Renate Lepsius und Dr.

Ulrich Weidner angehören, hat zur Preis-

verleihung eingeladen.

Programm

Flöten-Ensemble

der Tübinger Carlo-Schmid-Schule

Eröffnung und Begrüßung

Siegmar Mosdorf, MdB
Vorsitzender des Vorstandes der Carlo-Schmid-Stiftung

Grußworte

Gerhard Widder,
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Klaus von Trotha,
Minister für Wissenschaft und Kunst

Laudatio auf den Preisträger

Hans-Jürgen Wischnewski, Staatsminister a. D.

Verleihung des Preises

Ulrich Maurer, MdL
Vorsitzender des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung

Ansprache des Preisträgers

Dr. Manfred Stolpe, MdL
Ministerpräsident des Landes Brandenburg



Das Flötenensemble der Carlo-Schmid-Schule, Tübingen

Eröffnung und Begrüßung

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren Abgeordneten,
Herr Ministerpräsident,
Herr Minister,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

wir danken dem Quartett der Staatlichen Hochschule für Musik Heidelberg-Mannheim für die freundliche Einstimmung zu unserer diesjährigen Carlo-Schmid-Preisverleihung mit Mozarts Allegro Vivace Assai.

Es war Pfingsten 1989. Ich saß unter südfranzösischer Sonne und unter Pinienbäumen und las Hans Magnus Enzensberger: Ach Europa! In einem Epilog läßt Enzensberger einen Timothy Taylor am 21. Februar 2006 einen Beitrag zum Thema „Böhmen am Meer“ schreiben. Dieser amerikanische Journalist bereist im Jahr 2006 Europa: Von Ramstein nach Den Haag, von Bukarest nach Prag und natürlich nach Berlin. Hier in Berlin nahm er an einer „ständigen Artenschutzkonferenz deutschsprachiger Länder“ teil. Bei dieser Konferenz kam es zu einem Disput über die Verwendung der Mauer in Berlin: Die Artenschützer wollen ein reines Naturschutzgebiet, einen Biotop aus dem Areal machen, die Denkmalpfleger wollen die Mauer mit hölzernen Schutzbauten konservieren und die Kunsthistoriker betrachten die Mauer als Kunstwerk sui generis und wollen daraus ein 30 Kilometer langes Freilichtmuseum machen. Enzensberger hat diesen Text Ende 1987 geschrieben. Pfingsten 1989 wirkte er auf mich noch reichlich surrealistisch. Nicht 2006, wie in Enzensbergers Phantasiehimmel, sondern wenige Wochen später am 9. November 1989 – also heute vor genau 2 Jahren – fiel die Mauer. Heute ist aber von Biotop und Denkmalpflege nicht mehr die Rede: Zunächst machten sich die „Mauer-Spechte“ über das Ungetüm her und

jetzt nehmen sich dem früheren Sperrgebiet vor allem die Makler an.

Daß es 1989 und nicht 2006 dazu kam, hat viele Ursachen. Eine Ursache hat einen Namen: Michail Gorbatschow. Viele andere Ursachen sind namenlos. Aber entscheidend waren dann doch die Menschen, die einfach nicht mehr wollten. Das machte den Kern der „friedlichen Revolution“ in der DDR aus. Eine besondere Art von „Mauer-Spechten-Ost“ hatte schon Jahre vorher – meist unter dem Schutze der Kirchen – am „Eisernen Vorhang“ genagt. Einer der Beharrlichsten erhält heute den Carlo-Schmid-Preis 1991. Wir begrüßen herzlich den Ministerpräsidenten von Brandenburg Dr. Manfred Stolpe mit seiner Frau. Einer, der seit langem Gesprächskontakte auch zu Manfred Stolpe in der DDR hielt und die seismographischen Gesteinsverschiebungen so am frühesten bemerkte, hat die Laudatio auf unseren heutigen Preisträger übernommen. Der Vorstand dankt dem Staatsminister a. D. Hans-Jürgen Wischniewski für seine Beteiligung an der heutigen Preisverleihung. Carlo Schmid, der Staats- und Völkerrechtler, der Parlamentarier mit Leib und Seele und der Homme de lettres, hat sich immer mit der Frage beschäftigt, wie der verstaatlichte Mensch vom Untertan zum Staatsbürger und damit zum Subjekt der geschichtlichen Entwicklung werden kann. Mit dem Carlo-Schmid-Preis wollen wir „Personengruppen oder Organisationen, die durch ihr Lebenswerk oder durch Publikationen, Aktionen oder Handlungen einen Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats, des Sozialstaats und der liberalen politischen Kultur in- und außerhalb Baden-Württembergs sowie zur europäischen Verständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmid geleistet haben“ auszeichnen.

Ich freue mich für den Vorstand der Stiftung, den Vorsitzenden des Kuratoriums Herrn Maurer

und die Kuratoriumsmitglieder Prof. von Beyme und Herrn Kimmich begrüßen zu können. Ich freue mich auch, daß unser erster Preisträger Herr von Bismarck heute hier in Mannheim ist. Eine ganz besondere Freude ist es mir, mit Frau Schmid, die Tochter, und mit Herrn Dr. Hans Schmid, den Sohn von Carlo Schmid, bei unserer feierlichen Verleihung heute begrüßen zu können.

Herzlich begrüßen möchte ich den Repräsentanten der Baden-Württembergischen Landesregierung, Herrn Minister von Trotha.

Wir freuen uns auch, daß derjenige, den Carlo Schmid gebeten hat, sich treuhänderisch seines Nachlasses anzunehmen, daß der frühere Justizminister, Herr Gerhard Jahn, unter uns ist.

Zu der Generation, die Carlo Schmid noch selber im Parlament erlebt hat, gehört auch Konrad Porzner, den ich ebenfalls herzlich begrüße.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich nur wenige persönlich begrüßen kann. Es spricht für die Anerkennung der großen Persönlichkeit Carlo Schmid, daß heute hier im Mannheimer Schloß Abgeordnete, Stadträte, Bürgermeister und Oberbürgermeister aller Parteien vertreten sind. Ich begrüße stellvertretend den Minister a. D. Prof. Krause, den Vizepräsidenten des Landtags von Baden-Württemberg, Herrn Dr. Geisel, stellvertretend für die Abgeordneten Frau Dr. Konstanze Wegner, Herrn Vergin, Herrn Bloemecke und den Landesvorsitzenden der FDP Herrn Kohn. Grußworte richteten an die Carlo-Schmid-Stiftung und den Preisträger der Herr Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Herr Ministerpräsident Björn Engholm.

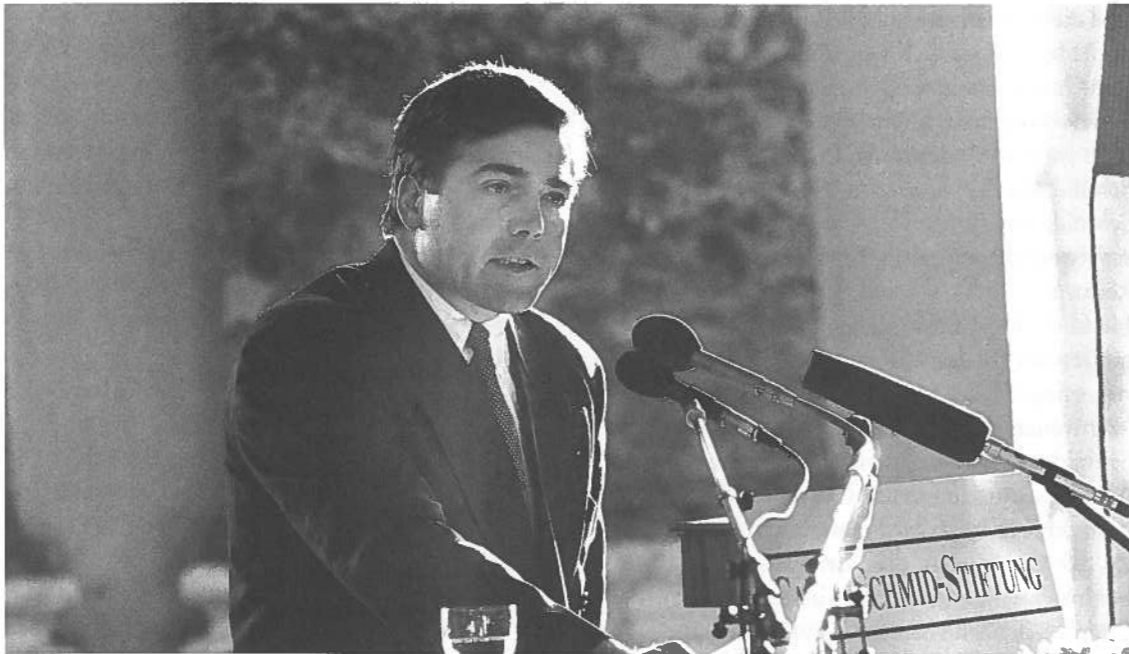
• Herr Bundespräsident schreibt in seinem Grußtelegramm: „Über Ihre heutige Auszeichnung mit dem Preis der Carlo-Schmid-Stiftung freue ich mich von Herzen. Als

Anwalt der Menschen verwirklichten Sie in den Jahren der Teilung den Auftrag der Kirche, Orientierung und Schutz zu gewähren. Einen Hüter humanen Denkens und Handelns der ehemaligen DDR im vereinten Deutschland zu ehren, entspricht unserem tiefen Empfinden.“

- Frau Professor Dr. Süßmuth hebt in ihrem Grußwort hervor, daß es Manfred Stolpe als „Sprecher der Protestanten“ in der damaligen DDR gelungen ist, in schwieriger Zeit die Anliegen und Rechte der Kirche und der Andersdenkenden immer wieder zu Gehör zu bringen. Sie sendet einen herzlichen Glückwunsch an den Preisträger und verbindet das mit den besten Wünschen für das weitere Wirken der „Carlo-Schmid-Stiftung“.
- Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herr Engholm, hat in seinem Grußtelegramm betont, daß er die Preisverleihung an Manfred Stolpe auch als „Aufforderung an uns Deutsche im Westen unseres Landes“ versteht. Als Aufforderung im Sinne Carlo Schmid, der 1958 feststellte: „Ich habe oft Gelegenheit mit Jugendlichen zu sprechen, die zu uns geflohen sind. Ich höre manche Kritik an uns, an uns armen Wirtschaftswunderkindern. Die Jungen vermissen bei uns manchmal den Schwung der Idee. Sie möchten, daß man ihnen zeige, wo die Aufgaben liegen, die die Freiheit dem Menschen immer stellen muß, wenn er wirklich frei sein soll zu etwas und nicht nur frei sein soll von etwas. Das erst ist Freiheit.“

Wir freuen uns darüber, daß viele Botschaften und Konsulate, das deutsch-französische Jugendwerk, die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und viele andere bedeutende Institutionen heute hier bei der Preisverleihung vertreten sind. Wir freuen uns auch, daß viele Gelehrte, Professoren, Rektoren – teilweise Schüler

Grußwort



Vorsitzender der Stiftung: Siegmur Mosdorf

von Carlo Schmid – und die Repräsentanten aus Wirtschaft, Kunst und Kultur so zahlreich erschienen sind. Das gilt auch für die beiden Bildhauer, die jeweils eine Büste von Carlo Schmid gefertigt haben, Frau Leonardi und Herr Ringwald, und wir heißen Sie herzlich willkommen. Da der Vorstand der Stiftung auf vielfältige Weise an das Lebenswerk Carlo Schmid erinnern möchte, haben wir auch Kontakt zu den uns bekannten, nach Carlo Schmid benannten Schulen aufgenommen. Zur heutigen Preisverleihung haben wir Schüler und Lehrer aus der Tübinger Carlo-Schmid-Schule hierher eingeladen. Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler und ihren Rektor, Herrn Dobler. Der Initiative des Rektors, der sich über diese etwas überraschende Einladung sehr gefreut hat, verdanken wir es, daß das Flötenensemble der Tübinger Carlo-Schmid-Schule den Abschluß unserer heutigen Feierstunde gestalten wird.

Carlo Schmid ist für diejenigen, die mit ihm im wahrsten Sinne des Wortes Gesellschaftspolitik gemacht haben, unvergesslich. Er ist für diejenigen, die ihm noch begegnen konnten und dieses Lebenswerk studiert haben, ein Denker, der mit seinen Grundsätzen auch heute noch Orientierung gibt. Wir wollen mit unserer Stiftung auch dazu beitragen, daß die Jungen, die bis heute noch nichts von Carlo Schmid gehört haben und deren Distanz zur Politik eher größer als kleiner geworden ist, seine Standpunkte, seine politische Kultur, seine Visionen und seinen Humanismus kennenlernen. Ich heiße Sie im Namen des Vorstandes und des Kuratoriums herzlich willkommen und bitte jetzt den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Herrn Gerhard Widder, um sein Grußwort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich freue mich, daß die Verleihung des Carlo-Schmid-Preises auch heute wieder in der Stadt erfolgt, deren Bürgerinnen und Bürger dem großen Nachkriegspolitiker bei sämtlichen Wahlen zum Deutschen Bundestag zwischen 1949 und 1969 einen überwältigenden Vertrauensbeweis gaben, und begrüße sie namens des Gemeinderates, aber auch ganz persönlich sehr herzlich in Mannheim, der Stadt, die Carlo Schmid in Anerkennung seiner besonderen Verdienste die Ehrenbürgerschaft verliehen hat.

Die Persönlichkeit Carlo Schmid strahlte weit über die Stadt Mannheim hinaus. Er ist einer der Väter unseres Grundgesetzes und Mitgestalter unserer Demokratie. Sein Rat war nicht nur in der eigenen Partei sondern auch über die Parteigrenzen hinweg gefragt. Er war ein Mann des Geistes und Bekenner zur humanistischen Bildung und es war sein besonderes Anliegen, eine Versöhnung zu schaffen zwischen dem, was die Welt beherrscht, und den großen Gütern unserer Kultur, die die Welt verschönern.

Carlo Schmid fand in dieser Stadt, der man die Prädikate Toleranz, Weltoffenheit und Weite der Gedanken zuschreibt, eine maßgeschneiderte politische Heimat und er schuf sich hier eine wachsende Zahl von Anhängern auch außerhalb seiner Partei. Mannheim hatte mit Carlo Schmid einen politischen Repräsentanten, dessen besonderes Streben einer europäischen und weltweiten Verständigung galt. Er hatte sich stets aber auch ein feines Gespür für die Bedeutung und die Besonderheiten der Kommunalpolitik und der kommunalen Selbstverwaltung bewahrt. „Die Versöhnung der Autorität von Stadt und Staat und die Versöhnung dieser beiden wiederum mit den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger“, wie es Dr. Reschke formulierte, hat sich Carlo Schmid zum Leitsatz seines politischen Handelns gemacht. Ohne die Fähigkeit zum

Kompromiß, so war seine feste Überzeugung, ist dies nicht zu erreichen. Für ihn war der Kompromiß stets der Preis der Freiheit.

Die Mannheimer Bürgerschaft schätzte Carlo Schmid auch deshalb, weil er trotz der Vielfalt seiner Aufgaben außerhalb des Wahlkreises es als seine vornehme Pflicht empfand, in stetem Kontakt mit jenen Leuten zu bleiben, die ihm ihr Vertrauen gegeben hatten und ihm zu seinem politischen Mandat verhalfen.

Er war ein lebendiger Geist in einer lebendigen Stadt, deren Namen in besonderem Maße mit der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie verbunden ist. In unserer Stadt wurde vor 85 Jahren mit dem Mannheimer Abkommen ein Markstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelegt, die immer ein verantwortungsvoller Teil dieser Stadt war. Carlo Schmid selbst beschrieb dieses Charakteristikum wie folgt: „In der Arbeiterbewegung Mannheims ist schon sehr früh in eigener Weise lebendiger Bürgersinn Gestalt geworden, der sich in der Hingabe an Stadt und Volk immer wieder bewährte. In dieser Stadt Mannheim war Freiheit immer gepaart mit dem Willen zur Verantwortung – und das war nicht nur Badens Glück“.

Viele jener Eigenschaften, die den unvergessenen Carlo Schmid auszeichneten, werden auch Ihnen, verehrter Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, zugeschrieben. Die Zeitschrift „Stern“ charakterisierte Sie unter der bezeichnenden Überschrift „Der Mutmacher“ als einen Mann mit einem ausgeprägten Gespür für das, was die Menschen bewegt, als eine glänzende Integrationsfigur, der man zutraut, daß er versöhnend wirken kann „im schwer verminten Niemansland der neuen deutsch-deutschen Mißverständnisse“. Auf Ihnen ruhen nicht nur in Brandenburg, sondern in den neuen Bundesländern insgesamt und darüber hinaus auch in



Oberbürgermeister Gerhard Widder

der sogenannten „alten“ Bundesrepublik große Hoffnungen für jenen Prozeß der Schaffung einer umfassenden Einheit. Kurt Schumacher führte in seiner letzten öffentlichen Rede aus: „Die Vereinigung Deutschlands kann nur erfolgen durch gemeinsame Anstrengung und gemeinsame Übernahme des Risikos für alle Teile Deutschlands“. Er warnte, den Menschen im Osten jene menschliche Solidarität zu verweigern, „auf die sie einen Anspruch haben“. Solidarität, die Sie, Herr Ministerpräsident, mit Recht auf allen Ebenen einfordern und die häufig leider nur allzu zaghaft bewiesen wird. Hier sind wir alle gefordert, unseren individuell möglichen Beitrag zu leisten, damit die innere Einheit gelingt.

Exakt zwei Jahre nach dem Fall der Mauer wird heute der Carlo-Schmid-Preis an einen Repräsentanten der neuen Bundesländer verliehen, der als Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Kirche auch Anteil hatte, daß die Kirche Rahmen und Freiraum schuf, aus dem sich die friedliche Revolution entwickeln konnte, die uns schließlich nach mehr als vier Jahrzehnten der Trennung die staatliche Einheit brachte.

Für Ihre Leistungen, verehrter Herr Ministerpräsident, gilt Ihnen unser großer Respekt. Mit der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises erfahren Ihre Leistungen eine ganz besondere Würdigung. Dazu gratuliere ich Ihnen namens der Bürgerschaft der Stadt Mannheim.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestags und Landtags von Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe, sehr verehrte Frau Stolpe, Herr Oberbürgermeister Widder, verehrte Festversammlung, namens der Landesregierung bedanke ich mich herzlich für die freundliche Einladung, an der heutigen Feierstunde teilzunehmen.

Keine andere Staatsform bedarf, um dem Denken und Handeln eines Volkes Richtung und Ziel zu geben, so sehr der prägenden Kraft des vorbildlichen Politikers wie die Demokratie. Wie wenige Politiker in unserem Land hat Carlo Schmid durch sein persönliches Verhalten und sein berufliches und politisches Wirken Einfluß auf die Entwicklung des politischen und Gesellschaftssystems und der entsprechenden Kultur in der Nachkriegszeit und im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland genommen. Persönlichkeiten mit Vorbildcharakter wie ihm ist es zu verdanken, daß die Bürger die neue politische Ordnung und ihre Institutionen nach dem totalitären System des Nationalsozialismus als legitim anerkannten und damit auch innerlich annahmen. Sie schufen damit die Grundlage auch für den wertemäßigen Neuanfang.

Für die Carlo-Schmid-Stiftung ist deshalb die Wahl des Preisträgers im Sinne des Vermächtnisses des Namensgebers der Stiftung ein ganz besonderer Auftrag. Die moralische Integrität von Carlo Schmid unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist dabei eine zusätzliche Verpflichtung:

Als Richter am Landgericht Tübingen und als Verwaltungsjurist im besetzten Frankreich hatte er bei seiner beruflichen Arbeit die Antinomie auszuhalten, dem Recht und der Gerechtigkeit zu dienen und dabei dem Ansinnen eines totalitären Systems zu widerstehen. Keine seiner beruflichen Entscheidungen während der Jahre vor 1945 ließen später auch nur den Verdacht

aufkommen, er habe während dieser schweren Berufsjahre zu Lasten von Recht und Gerechtigkeit gehandelt.

In diesem Lebensweg von Carlo Schmid liegt eine Parallellität zum Preisträger 1991 der Carlo-Schmid-Stiftung, zu Herrn Ministerpräsident Manfred Stolpe aus Potsdam, den zu ehren wir heute zusammengekommen sind:

Im Dienste seiner Kirche hat Herr Stolpe in den Jahren des DDR-Regimes als Jurist den Menschen gedient. In einer Berufsposition voller Schwierigkeiten und Anfechtungen hatte er dort seinen Beitrag für Recht und Gerechtigkeit zu leisten.

In einem anderen wichtigen Punkt allerdings hatte Carlo Schmid bei seinem politischen Wirken in Tübingen und in Bonn jedoch eine günstigere Voraussetzung als jetzt Herr Stolpe in Brandenburg:

Ich meine die Zeitdauer, die ihm zum Hineinwachsen in seine politischen Führungsaufgaben gegeben war. Zwar wurde Carlo Schmid schon unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, von Juni bis September 1945, in Stuttgart als Landesdirektor der Chef der Stuttgarter Kultusverwaltung. Nach knapp vier Monaten – nach der Überführung Stuttgarts von der französischen in die amerikanische Besatzungszone – wechselte Carlo Schmid dann aus Stuttgart in seine Heimatstadt Tübingen, wo neue und größere politische Aufgaben auf ihn warteten.

Dieser ersten deutschen Regierung in Südwürttemberg nach dem Zusammenbruch 1945 stellten sich wahrhaft große Aufgaben, an deren Bewältigung zunächst kaum jemand glauben wollte:

Die Wohnungsnot der Flüchtlinge aus dem deutschen Osten, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in der Epoche des „Schwarzen Marktes“, und – nicht zuletzt – die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Verwaltung und

Rechtspflege. Diese zentralen Staatsfunktionen mußten unter schwierigsten Bedingungen wahrgenommen und erfüllt werden, da die weitere Tätigkeit vieler und leitender Beamten und Richter aufgrund ihres politischen Verhaltens und Engagements im Dritten Reich untragbar war. Die französische Besatzungsmacht, die diesen Reinigungsprozeß vom Erbe des Dritten Reiches weitgehend undifferenziert und mit harter Hand durchführte, war für die Funktionsträger der neuen deutschen Staatlichkeit oftmals mehr Belastung als Hilfe.

Nur mit Nachsicht, Augenmaß und auch Toleranz für und gegenüber menschlichen Schwächen konnte diese Aufgabe bewältigt werden. Denn gerade für Ausnahmesituationen wie den Zusammenbruch politischer und gesellschaftlicher Ordnungen gilt die Feststellung Carlo Schmidts in seinen „Erinnerungen“, „daß es in einer Welt, in deren Vielschichtigkeit das zwispältige Wesen Mensch sich angesiedelt hat, gleichermaßen falsch ist, das Unkraut frei wuchern zu lassen, wie es verhängnisvoll wäre, in Wald und Feld Gestrüpp und Geziefer bis zum letzten Keime auszurotten.“

Immerhin bleiben Carlo Schmid in Tübingen drei Jahre zur Bewältigung der Nachkriegsprobleme im Dienste für die Bürger unseres Landes, bis er mit der Schaffung des Parlamentarischen Rates die Schwerpunkte seiner Tätigkeit von Tübingen nach Bonn verlegte.

Drängender und rigoroser demgegenüber sind die Zeitvorgaben, die Herr Dr. Stolpe als Ministerpräsident von Brandenburg vorgefunden hat: Für die Entwicklung des Rechtsstaats in den neuen Bundesländern hat der Einigungsvertrag – zurecht – keinen einzigen Tag Übergangsfrist gelassen. Die Rahmenbedingungen und Institutionen unserer freiheitlich-demokratischen Rechts- und Gesellschaftsordnung bestehen vielmehr sofort und im gleichen Umfang wie bisher schon im früheren Gebiet der Bundesrepublik

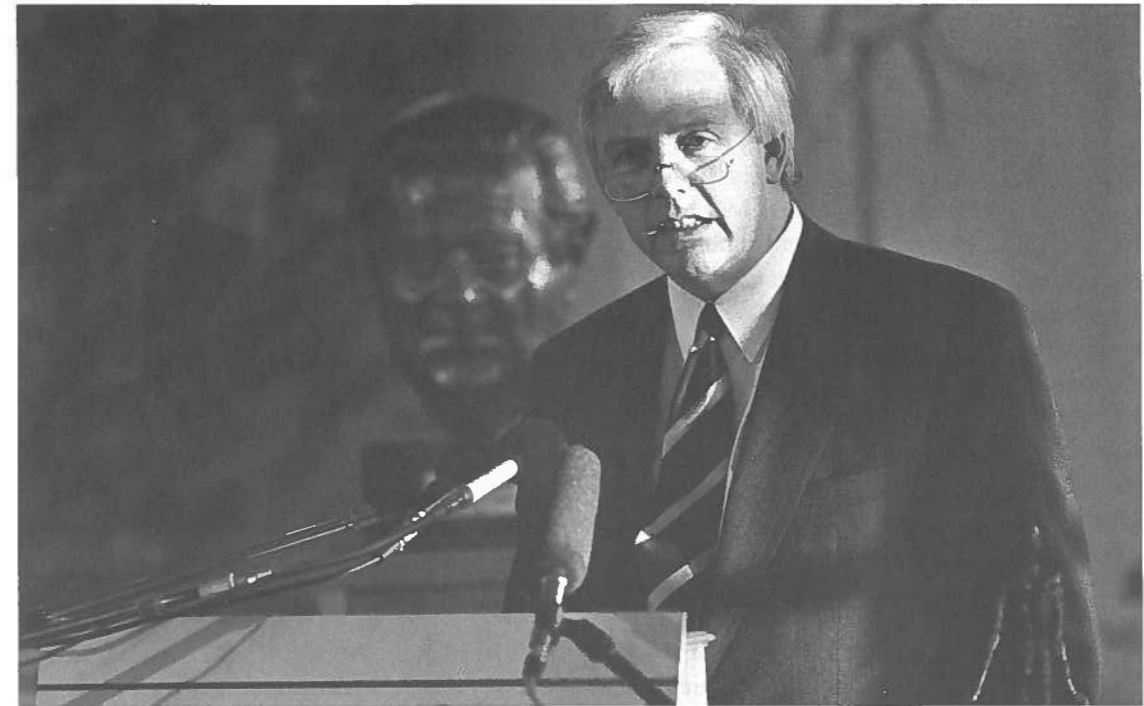
Deutschland. An den Werthaltungen, Maßstäben und Gewährleistungen der Verfassungsordnung des Grundgesetzes messen die Bürger der neuen Länder schon heute und in Zukunft auch ihre Landesregierungen und ihre Politiker.

In diese Verantwortung zur Verwirklichung des Grundgesetzes wurden Sie, Herr Dr. Stolpe, „von heute auf morgen“ gestellt, als Sie das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg angetreten haben. Dabei sind die wirtschaftlichen und die sozialen Probleme, die Sie vorgefunden haben, wahrhaft nicht geringer als zu Zeiten von Carlo Schmid in Tübingen der Jahre 1945:

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern muß wieder funktionsfähig gemacht werden, die Arbeitslosigkeit bedrängt die Bürger auch im Lande Brandenburg, die soziale Marktwirtschaft – die erfolgreiche Grundlage unserer Gesellschaft im Westen – verursacht in den neuen Ländern bei den Bürgern zunächst einmal nicht unerhebliche Zukunftsängste um ihr persönliches Schicksal.

Die Organe des Staates in den neuen Ländern – die Justiz, die Verwaltung, die Polizei – müssen vor diesem schwierigen Hintergrund der bedrängten wirtschaftlichen Lage aufgebaut und funktionsfähig gemacht werden. Die Bitten um Unterstützung durch erfahrene und qualifizierte Beamte aller Funktionsebenen, die aus den neuen Ländern an die alten Länder herangetragen werden, geben uns einen unmittelbaren Eindruck von den Schwierigkeiten und von der Vielfalt dieser Anforderungen an den Staat und an seine Behörden in den neuen Ländern.

Denn es darf nicht so weit kommen, daß die Bürger der neuen Länder vom Rechtsstaat des Grundgesetzes – den wir aus innerster Überzeugung mittragen – enttäuscht werden und daß in den neuen Ländern gegenüber unserem jetzt gemeinsamen Staat, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, innere Vorbehalte und Widerstände entstehen.



Minister Klaus von Trotha

Bei der Umsetzung der in unserer Bundesrepublik gewachsenen und bewährten politischen Kultur kommen auf den Ministerpräsidenten eines neuen Landes ungewöhnliche Herausforderungen zu. Die spezifischen Bedürfnisse der Bürger der neuen Länder erfahren wir aus den politischen Reden von Herrn Stolpe in besonders nachhaltiger Art und Weise. Ich sehe in diesem Einsatz in Wort und Tat eine Tätigkeit ganz im Sinne von Carlo Schmid, der in den Jahren nach 1945 bei der Schaffung des Grundgesetzes die Verfassungsprinzipien der Freiheitsrechte, der Selbstbestimmung des Bürgers und des effektiven Rechtsschutzes gegenüber aller staatlichen Gewalt in so beispielhafter Weise und gegen damals viele Widerstände in jenen auch wirtschaftlich bedrängten Nachkriegsjahren durchgesetzt hat.

Die Motive, die ihn und seine politischen Weggefährten aus allen Parteien bewegt und getrieben haben, sich dieser persönlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderung zu stellen, hat Carlo Schmid in seinen „Erinnerungen“ beschrieben: „Von ihnen war keiner in die Politik gegangen, weil ihn die Chance reizte, Macht zu gewinnen oder Karriere zu machen; sie kamen, weil sie darunter litten, daß die Welt, in der ihresgleichen lebte, mangelhafter eingerichtet war, als es in Anbetracht der Möglichkeiten, es besser zu machen, der Fall sein könnte, wenn nur die Menschen mehr guten Willen, mehr Verstand, mehr mitmenschliches Fühlen walten ließen. Sie gingen in die Politik, um Wandel zu schaffen, auf daß Idee und Wirklichkeit des Menschen sich decken könnten.“

Laudatio auf den Preisträger des Carlo-Schmid-Preises 1991

Dieses Verständnis von der eigentlichen Aufgabe der Politik und der Politiker sollte uns alle nachdenklich stimmen. Der Hinweis auf Sachzwänge und die harten politischen Realitäten, denen wir uns nicht entziehen könnten, dürfen dafür kein Entschuldigungsgrund sein. Der Sozialwissenschaftler Karl Deutsch hat einmal Macht definiert als die Fähigkeit, nicht mehr hinzuhören zu müssen, weil man ja das Sagen hat.

Ich denke, gerade in der heutigen Umbruchs- und Aufbruchssituation ist es notwendig, die dienende Funktion der Politik und der Politiker für unsere Bürger nicht aus den Augen zu verlieren: Politik ist dabei verstanden als Verantwortung für ein Allgemeines, die nicht untergehen darf im Klima einer „neidigen Voyeursmoral“ (Maier).

Gelingt uns dies, dann habe ich keine Zweifel und keine Sorge, daß wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten im vereinigten Deutschland genauso meistern wie einst Carlo Schmid und seine Mitstreiter die Probleme zu ihrer Zeit, und der Bürger im Staat zugleich auch seinen Staat erkennt.

Die Carlo-Schmid-Stiftung hat mit Herrn Stolpe als zweiten Preisträger 1991 eine Persönlichkeit ausgezeichnet, die ganz im Geiste von Carlo Schmid und damit im Geiste unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung in führender Position in den neuen Ländern tätig ist. Ich wünsche Herrn Stolpe weiterhin ein erfolgreiches Wirken für sein Bundesland Brandenburg und für unsere Bundesrepublik Deutschland und der Carlo-Schmid-Stiftung weiterhin eine so glückliche Hand bei der Auswahl ihrer Preisträger.

Der 9. November ist ein ganz besonderer Tag in der deutschen Geschichte.

Heute vor 73 Jahren – am 9. November 1918 – trat Kaiser Wilhelm II zurück, und es wurde die erste Republik auf deutschem Boden ausgerufen. Die Weimarer Republik ist gescheitert, weil es zu wenig Demokraten gab. Die Weimarer Republik ist aber auch gescheitert an der Unschlüssigkeit dieser Demokraten. Deshalb sollte niemandem gestattet sein, wichtige Aufgaben in der Politik zu übernehmen, der aus dem Niedergang der ersten deutschen Demokratie keine Konsequenzen zu ziehen gewillt ist.

Heute vor 68 Jahren – am 9. November 1923 – marschierte Hitler mit seinen Anhängern zur Feldherrnhalle in München ein, um die bayerische Regierung gegen die Reichsregierung zu zwingen, und wollte weiter nach Berlin ziehen, um die Reichsregierung zu stürzen. Der Putsch mißlang. Spätestens an diesem Tage hätte man wissen müssen, wer Hitler ist.

Heute vor 53 Jahren – am 9. November 1938 – war ein Tag der größten deutschen Schande: An diesem Tage wurden in Deutschland unter dem zynischen Namen „Reichskristallnacht“ die jüdischen Gotteshäuser zerstört. Damit begann eine neue Phase der Judenverfolgung. An ihrem Ende hat die Welt mehr als fünf Millionen ermordete Juden gezählt. Niemals dürfen wir diesen Tag vergessen.

Heute vor zwei Jahren – am 9. November 1989 – fiel die Berliner Mauer. Ein Tag der Freude nach 28jähriger Trennung durch Mauer und Stacheldraht und der Beginn der deutschen Vereinigung. Dies muß ein Tag der Dankbarkeit sein. Wir danken unseren polnischen Nachbarn, der CSFR und insbesondere den Ungarn. Wir danken Gorbatschow und Schewardnadse, die mit ihrer ganz anderen Politik die Panzer eben nicht rollen ließen wie 1953 in Deutschland, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und noch 1979 in Afghanistan. Wir danken aber insbesondere den

Menschen in der damaligen DDR, die auf die Straße gegangen sind, um mit Mut, aber auch mit Umsicht ihren Willen durchzusetzen.

Manchmal hat man hier den Eindruck, daß vieles von dem Tag vor zwei Jahren schon wieder in Vergessenheit geraten ist. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: „Geschichte, das ist geronnene Politik“.

Hier in Mannheim hatte Carlo Schmid seinen Wahlkreis. Wir alle wissen, daß er sich um das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland besondere Verdienste erworben hat. Es ist notwendig, das nachzulesen, was er damals gestaltet und mitgestaltet hat, gerade in einer Zeit, in der uns die Aufgabe gestellt ist, eine Weiterentwicklung unserer Verfassung nach der deutschen Einheit vorzunehmen. Ich, der noch eine Reihe von Jahren im Parlament, aber auch in der Regierung neben ihm wirken durfte, werde seine großen Reden nie vergessen, mit denen er Politik gestaltete. Das gilt insbesondere für seine Rede vom 17. Mai 1972 für die in unserem Lande damals so umstrittenen Ostverträge. Inzwischen wissen wir alle, daß sie ein unverzichtbarer Schritt waren, um die heutige politische Situation möglich zu machen. In diesem Sinne möchte ich den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Manfred Stolpe beglückwünschen, daß ihm das Kuratorium den Carlo-Schmid-Preis verliehen hat.

Manfred Stolpe wurde am 16. Mai 1936 in Stettin geboren. Seine Eltern kamen beide aus Ostpommern. Von seiner Mutter sagte er selbst: „Für meine Biographie ist meine Mutter sehr wichtig. Sie war eine sehr fromme und freundliche Frau, die zugleich die Ziele, die ihr wichtig waren, mit großer Beharrlichkeit verfolgte.“ Während der Zeit der Bombenangriffe lebte die Familie Stolpe in den Jahren 1941 bis 1944 auf dem Dorf in Ostpommern. Im Jahre 1945 mußten die Stolpes wie viele andere in unserem Lande fliehen. Sie gingen mit dem Handwagen



Laudator: Hans-Jürgen Wischnowski, Staatsminister a. D.

über die Oder und siedelten sich in Greifswald an. Hier beendete Manfred Stolpe auch seine Schulzeit und konnte dann sein Jurastudium in Jena aufnehmen. Dieses dauerte bis 1959 und endete mit einem erfolgreichen Examen. Bis zum Bau der Mauer konnte Manfred Stolpe auch noch einige Seminare im westdeutschen Recht an der freien Universität Berlin absolvieren.

Den ersten Konflikt mit dem SED-Regime gab es schon im Jahre 1956 anlässlich einer kritischen kirchlichen Veranstaltung zu den Vorgängen in Ungarn. Ihm wurde das Leistungsstipendium gestrichen. So war es im Sinne des atheistischen SED-Regimes durchaus logisch, daß dem engagierten Protestanten nach seinem Studium die

Tätigkeit als Anwalt, Familienrichter oder Justitiar verweigert wurde. Die evangelische Kirche Berlin-Brandenburg suchte einen ausgebildeten Juristen, und am 1. Oktober 1959 konnte Manfred Stolpe seine Tätigkeit dort beginnen.

Die Bedeutung der Kirchen in der Zeit der DDR ist von vielen in der alten Bundesrepublik nicht erkannt worden. Die Menschen, die mit dem SED-Regime nicht übereinstimmen konnten oder wollten, sie brauchten ihre Nische, um leben und überleben zu können. Für die einen war diese Nische die Familie, für die anderen war es die Kirche. Und Manfred Stolpe hat bei seinen wachsenden Aufgaben in der evangelischen Kirche für den Bestand und die Ausweitung die-

ser Nischen im Interesse der Menschen gearbeitet. Er hat die Kirche verteidigt, wo immer es notwendig war, und er hat den Handlungsspielraum der evangelischen Kirche in der DDR spürbar ausweiten können.

Insbesondere in der Zeit des kalten Krieges waren die Aufgaben der Menschen in Deutschland sehr unterschiedlich verteilt. Wir hier in der Bundesrepublik haben bei wachsendem Wohlstand privat und öffentlich, das heißt im deutschen Bundestag oder bei anderer Gelegenheit, zum Beispiel am Stammtisch, unsere Meinung über das Regime in der DDR sagen können.

Viele Menschen in der DDR haben diesen Staat aber nicht ertragen können und sind, wenn sie konnten, ausgereist oder sind oft unter gefährlichen Umständen geflohen. Andere sind durch eigene Entscheidung in der DDR geblieben und haben unter schwierigen Lebensbedingungen auf dem ganz schmalen Pfad des Verbliebenen, sich darum bemüht, den Menschen in der DDR zu helfen. Manfred Stolpe hatte sich für diesen Weg entschieden.

Mit dem Carlo-Schmid-Preis wollen wir Manfred Stolpe für diese Entscheidung danken und für seine Arbeit, die er im Interesse der Kirche und insbesondere der Menschen geleistet hat. Und wir wollen allen Menschen, die einen vergleichbaren Weg gegangen sind, unseren Respekt sagen. Was wäre aus unserem Land geworden, wenn es diese Menschen nicht gegeben hätte?

Mehr als 1.000 Gespräche hat Manfred Stolpe mit den Organen der DDR führen müssen, insbesondere mit den jeweiligen Staatssekretären für Kirchen-Fragen. Und er hat sich immer mehr in wachsendem Maße um die Menschen kümmern müssen, die mit dem Regime aus religiösen oder politischen Gründen in Konflikt gekommen sind, die ausreisen wollten oder die ausgewiesen werden sollten. Und er hatte Erfolg. Er hat mit vielen gesprochen, von denen er annehmen konnte, daß seine Gesprächspartner ihn sei-

nem Ziel im Interesse der Kirche und der Menschen näherbringen konnte. Und er hat die Methoden angewandt, die er im Interesse von Kirche und betroffenen Menschen für erfolgreich hielt. Das hat sicher nicht jedem gepaßt. Aber er hat vielen Menschen dadurch helfen können.

Ich möchte Manfred Stolpe aber auch für viele Politiker in unserem Lande danken, die vor der deutschen Einheit seinen Rat in Anspruch nehmen durften. Sein Rat war von großer Bedeutung. Auch ich habe ihn in Anspruch nehmen dürfen.

Manfred Stolpe wurde Anfang der 70er Jahre in die Menschenrechtskommission des Weltkirchenrates berufen. Und er hat seine internationalen Kontakte genutzt. 1982 wurde er Konsistorialpräsident der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Einige haben Manfred Stolpe sogar als den Casaroli der evangelischen Kirche bezeichnet.

Vor einigen Wochen hatte ich in der Presse gelesen, daß es bei uns Leute gäbe, die nach den DDR-Akten von Manfred Stolpe suchen, um zu versuchen, daraus eine Schlinge zu basteln. Ich bin überzeugt, daß diese Verdächtigungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Manfred Stolpe wollte und mußte sich am politischen Leben nach den Veränderungen beteiligen. Er entschied sich für sein Engagement in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ich glaube, drei Gründe für diese seine Entscheidung zu kennen:

1. Seine langjährigen Kontakte und Gespräche vor der deutschen Einheit mit Helmut Schmidt, mit Johannes Rau, mit Jürgen Schmude und anderen haben dabei ihre Bedeutung.
2. Der in der damaligen Bundesrepublik hart umkämpfte KSZE-Prozeß war für den Mann der Kirche in seiner Argumentation gegenüber dem SED-Regime von größter Bedeu-

tung. Er sah in diesem Prozeß aber auch eine große Chance für die Zukunft Europas in Frieden und Freiheit.

3. Aber Manfred Stolpe wußte von Anfang an, daß für die Menschen in den neuen Ländern nach diesen entscheidenden Veränderungen die soziale Absicherung dieses Umstrukturierungsprozesses von entscheidender Bedeutung sein würde.

Ich möchte als langjähriger Sozialdemokrat Ihnen für Ihre Entscheidung danken.

Aber der SPD muß ich auch in aller Deutlichkeit sagen: Täuscht Euch nicht. Dieser Mann wird kein bequemer Sozialdemokrat sein. Er wird Euch in seinen Reden nicht nur die Resolutionen der Parteitage vortragen. Er wird Euch auch daran erinnern, daß es Probleme gibt, bei denen man über den Rand der eigenen Partei hinaus-schauen muß. Und niemand wird seine Unterstützung erwarten können, wenn er glaubt, daß es nur um parteitaktische Manöver im Interesse der eigenen Partei geht und nicht um das Interesse der Menschen, die uns ihr Vertrauen gegeben haben. Eigentlich müßte ich diese Worte an alle Politiker aller demokratischen Parteien in unserem Lande richten.

Ich durfte dem Deutschen Bundestag 33 Jahre angehören und auch einige Jahre der Regierung. Eine meiner größten Sorgen heute ist das Ansehen von Politik und Politikern. Wir haben dabei einen sehr tiefen Punkt erreicht. Wir Politiker sollen es uns nicht zu leicht machen und alle Schuld den Medien geben, wenn ich auch zugeben muß, daß es dort hin und wieder schlimme Ausfälle gibt.

Wir leben in einer Parteien-Demokratie. Die politische Kultur in unserem Lande kann nicht anders sein als die politische Kultur in unseren demokratischen Parteien und in ihrem Verhältnis zueinander. Die deutliche, ja die akzentuierte beziehungsweise argumentative politische

Auseinandersetzung muß sein. Nur so ist Demokratie möglich.

Aber der politische Stil, die politische Kultur darf nicht darunter leiden. Ich empfehle den jungen Abgeordneten aller Parteien und aller Parlamente, die Reden von Carlo Schmid nachzulesen. Es lohnt sich. Es ist notwendig für unsere politische Kultur von heute. Ich hatte die große Chance, das noch miterleben zu können. Und natürlich war ich in meinem Leben nicht jemand, der nur Reden gehalten hat, die hoffentlich der politischen Kultur in unserem Lande dienlich waren. Aber ich habe gelernt. Alter und Erfahrung haben dazu beigetragen.

Für mich ist Ministerpräsident Manfred Stolpe in unserer politischen Kultur ein Hoffnungsträger. Sein Stil, auf den politischen Gegner einzugehen, ohne auf die notwendige Auseinandersetzung zu verzichten, sein Gespür für das, was parteiübergreifend gesehen werden muß, sein Können, den Menschen in den neuen Ländern die Wahrheit über ihre Lage deutlich zu sagen und ihnen trotzdem oder gerade deshalb Hoffnung zu geben, das hilft unserer politischen Kultur. Diese verbessert man nicht durch Maßnahmen. Nur Redlichkeit kann hier helfen. Hier setzt Manfred Stolpe ein nachahmenswertes Beispiel.

So empfehle ich auch, die Reden von Manfred Stolpe nachzulesen: In der Auseinandersetzung Florett und nicht Holzhammer. Parteichinesisch ist darin nicht zu finden. Wenn es stimmt, daß Politiker eine eigene Sprache entwickelt haben, dann ist in seinen Reden zum Glück nichts davon zu finden. Ich wünsche ihm von ganzen Herzen, daß es ihm auch nach vielen Jahren gelingt, seine Sprache zu sprechen.

Ich habe Manfred Stolpe gefragt, wie er seine Landesverwaltung und mit welchen Menschen er sie aufbauen will. Die Antwort lautete: „Ich brauche ein paar gute Leute aus der alten Bundesrepublik. Ich brauche die Leute, die damals



Geladene Gäste.

auf die Straße gegangen sind, um die Wende möglich zu machen. Aber ich brauche auch Leute aus der früheren Administration, denn ich habe einen Beitrag für die innere Aussöhnung zu leisten.“

Dieses Streben nach der inneren Aussöhnung ist typisch für Manfred Stolpe. Der Jurist Manfred Stolpe weiß, daß einige Fragen nur mit der Justiz gelöst werden können. Aber der Politiker Manfred Stolpe weiß, daß bei weitem nicht alle moralisch-politischen Probleme mit der Justiz gelöst werden können.

Und der Ministerpräsident hat seine Tätigkeit für die evangelische Kirche nicht vergessen, die verlangt, daß auch der innere Frieden unverzichtbar ist. Und was dieses Thema generell anbetrifft, so würde ich mir wünschen, wir würden dieses Thema in weit stärkerem Maße den Menschen und Institutionen in den neuen Ländern überlassen. Wir sollten unsere Kraft darauf verwenden, den Menschen in den neuen Ländern zu helfen, mit ihren Sorgen fertig zu werden. Manfred Stolpe ist ein überzeugter Europäer. Er weiß, daß

die neuen Länder für das Gemeinsame Europäisches Haus, insbesondere für die Zimmer im Osten, besondere Verantwortung tragen, aber auch besondere Voraussetzungen mitbringen.

Manfred Stolpe hat oft Anlaß, sich zu Preußen zu äußern. Und Brandenburg ist eigentlich das, was von Preußen übriggeblieben ist.

Lassen Sie mich aus seiner Rede vom 17. August dieses Jahres drei Zitate vortragen:

1. In der über 1000jährigen deutschen Geschichte Brandenburgs waren die fast 250 Jahre des Königreichs Preußen eine besonders wichtige Etappe. Sie hat Land und Leute geformt; mehr als die meisten merken...

Unsere Geschichte wurde über lange Jahre verzerrt, verkürzt, verboten. Wir erleben, wie längst verdrängte Geschichte uns einholt. Wir brauchen unsere Geschichte, um die Gegenwart zu verstehen und zu gestalten. Wir brauchen unsere Geschichte, um der Zukunft besser begegnen zu können...

2. Preußens Geschichte ist wie seine Farben,

Verleihung des Carlo-Schmid-Preises an Dr. Manfred Stolpe

Schwarz und Weiß. Beide Farben stehen nebeneinander. Man kann sie nicht mischen zu einem unauffälligen Grau. Man darf aber auch nicht nur das Dunkle oder nur das Helle sehen ...

3. Wir in Brandenburg, wir im Osten Deutschlands sind keine Gefahr und wir haben keinen Anlaß zur Überheblichkeit. Doch wir sind dreist genug anzunehmen, daß diese Bundesrepublik noch verbesserungsfähig ist. Dazu wollen wir beitragen. Dabei bringen wir auch unser Erbe mit.“

Lieber Herr Stolpe, lassen Sie mich, dessen Wiege in Preußen stand, auch auf die Gefahr hin von einigen als altmodisch oder sogar reaktionär bezeichnet zu werden, hinzufügen:

Die Gesellschaft mag sich ändern, wie immer sie will und muß. Auf das, was als preußisches Pflichtbewußtsein gilt, werden wir in keiner Gesellschaft verzichten können.

Und wenn ich an unsere heutige Asyl-Debatte denke, dann denke ich gerne an das preußische Beispiel zurück.

In diesem Geiste, dem Geist von Toleranz und Pflichtbewußtsein, ist Manfred Stolpe für mich ein guter Preuße.

Heute gilt die ganze Kraft des Ministerpräsidenten von Brandenburg Manfred Stolpe den Menschen und ihren Sorgen, für die ihm besondere Verantwortung durch die Entscheidung der Menschen in Brandenburg übertragen worden ist.

Aber er ist auch in immer stärkerem Maße der Sprecher für alle Menschen aus den neuen Ländern geworden.

Wir wissen heute, daß die ökonomischen Schwierigkeiten weit größer sind als zu Beginn des Einigungsprozesses angenommen wurde. Es gibt berechtigte Sorgen und Ängste. Manfred Stolpe kennt diese, denn er hat den täglichen Kontakt mit den Menschen.

Aber der Ministerpräsident von Brandenburg sagt den Menschen unverschönt die Wahrheit. Er gibt ihnen die Hoffnung, ohne die wir alle nicht leben können. Er kämpft um jeden Arbeitsplatz in seinem Lande, und er reist durch die alten Bundesländer, um diejenigen, die für neue Investitionen notwendig sind, zu überzeugen.

Sein Stolz auf die Leistung seiner Landsleute stärkt das notwendige Selbstbewußtsein dieser Landsleute. Ein Satz hat mir in diesem Zusammenhang besonders gut gefallen:

„Die haben ja bisher alle keine Erfahrungen, als Selbständige tätig zu sein. Aber dennoch stürzen sich allein in Brandenburg 47.000 mit ihren Familien ins Abenteuer, nehmen Kredite auf; selbst wenn die Großmutter im Hintergrund steht und sagt: ein anständiger Mensch macht keine Schulden.“

Jeder seiner Auftritte hilft die Mauern abzubauen, die noch in den Köpfen der Menschen in den alten und in den neuen Bundesländern bestehen oder die nach den Tagen der großen Euphorie bei Kenntnis der sehr großen Probleme erst entstanden sind.

Manfred Stolpe hat gesagt: „Wir in den neuen Ländern, wir brauchen die Chance, uns selbst zu beweisen. Dafür brauchen wir die Toleranz der Menschen in den alten Ländern.“

Lassen Sie uns bitte alle hierzu beitragen, daß das möglich wird.

Möge Ihnen diese Auszeichnung, die Erinnerung an Carlo Schmid, helfen, die Kraft zu finden, den Ihnen im besonderen Maße anvertrauten Menschen zu helfen. Wir wünschen Ihnen die Kraft, daß Sie uns in der Ihnen eigenen Art weiterhin ein gutes Beispiel geben für die politische Kultur in unserem Lande. Wir wünschen Ihnen die Kraft, Ihren besonderen Beitrag zu leisten, damit wir alle möglichst bald gemeinsam sagen können: „Wir sind *ein* Volk in einem großen vereinigten Europa, das sich seiner Verantwortung in der Welt bewußt ist.“



Preisübergabe: Ulrich Maurer übergibt Dr. Manfred Stolpe den Carlo-Schmid-Preis

Als Vorsitzender des Kuratoriums möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, im Namen des ganzen Kuratoriums herzlich zur Verleihung des 2. Carlo-Schmid-Preises gratulieren. Das Kuratorium hat sich nach Prüfung aller Vorschläge für Sie entschieden,

- weil es die bedeutende Rolle, die Sie bei der „friedlichen Revolution“ in der DDR übernommen haben, besonders hervorheben
- und weil es Ihre schon jetzt gezeigte enorme Gestaltungskraft im Amt des Ministerpräsidenten anerkennen wollte.

Ich freue mich, Ihnen im Namen der Carlo-Schmid-Stiftung den **2. Carlo-Schmid-Preis** in Anerkennung Ihres Beitrages zur Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaates, des Sozialstaates und der liberalen politischen Kultur sowie zur europäischen Ver-

ständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmidts verleihen zu können.

Zu diesem Preis gehört diese kleine Plastik von Hans Scheib. Diese Plastik symbolisiert einen Menschen, der einen Schritt nach vorne, einen Menschen, der den Fortschritt wagt. Einen Fortschritt der nicht in Tonnen und nicht nur im Bruttosozialprodukt, sondern der nach seiner Qualität für das Leben der Menschen auf dem Planeten der Erde, an der Menschenwürde und an der Humanität eines Carlo Schmid gemessen werden soll.

Dieses ist zwar keine Oskar-Verleihung, aber wir überreichen sozusagen einen „Carlo.“

Herzlichen Glückwunsch Ihnen, lieber Herr Manfred Stolpe. Und vielen Dank für die fabelhafte Laudatio von Ihnen, lieber Herr Wischniewski.

Die Rede des Ministerpräsidenten anlässlich der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises.

Hans-Jürgen Wischnewski hat vorhin zuerst vom 9. November und dann von Carlo Schmid gesprochen, bevor er die Rede auf mich brachte. Dafür bin ich ihm dankbar. Wie von einem Sozialdemokraten nicht anders zu erwarten, hat er mit dem Geburtsdatum der Republik in Deutschland eingesetzt. Erst die verächtliche Abkehr von dem an Verfassung und Menschenrechte gebundenen demokratischen Gemeinwesen machte am 9. November 1938 den Pogrom gegen die deutschen Bürger aus jüdischen Familien möglich. Mit bürokratischer Akribie hatte man ihnen vorher Schritt für Schritt den Schutz des Rechtes genommen. Jetzt wurden sie Freiwild von Hitlers SA. Und die große Mehrheit der Deutschen, die sich nicht betroffen wähnte, schwieg dazu.

Erst lange später haben wir alle begriffen, daß Menschenwürde unteilbar ist. Lasse ich zu, daß sie meinem Mitmenschen genommen wird, gebe ich die Solidargemeinschaft preis, die auch meine Menschenwürde schützt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, an dessen Gestaltung Carlo Schmid hervorragenden Anteil hatte, ist mit seinem Katalog der Grundrechte und der Bestandsgarantie für sie und für den föderativen demokratischen Staatsaufbau eine Frucht auch dieser mit Blut, Tränen und Schuld bezahlten Erkenntnis.

Der 9. November vor zwei Jahren brachte eine weitere Lehre: Ein System, das die Bürger bevormundet, weil seine Protagonisten meinen, besser als die Menschen selber zu wissen, was ihnen frommt, kann den Verlust der Zwangsmittel nicht überleben, denen es seine Entstehung verdankt. Als die Ungarn den Stacheldraht zerschnitten und Gorbatschow die sowjetischen Panzer in den Kasernen ließ, hatte die Stunde der DDR geschlagen. Die Menschen mischten sich ein in ihre eigenen Angelegenheiten.

Weil das so ist, kann ich heute hier sein und

dankbar die Ehrung annehmen, die Sie mir mit dem Carlo-Schmid-Preis zugedacht haben. Ich will es halten, wie Klaus von Bismarck vor zwei Jahren, der nicht öffentlich darüber meditieren wollte, ob er der Auszeichnung würdig sei. Ich nehme den Preis und Ihre Laudatio, lieber Hans Jürgen Wischnewski, als Ansporn und Ermutigung. Leider bin ich Carlo Schmid persönlich nie begegnet. Aber ich bin, gemeinsam mit ungezählten anderen, dem Weg verpflichtet, den er und andere allen Deutschen mit dem Grundgesetz, mit dem Bestreben zur Einbettung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und mit der Öffnung nach Osteuropa gewiesen haben. Wir aus den alten deutschen Ländern, die jetzt neu zur Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, wollen diesen Weg aktiv mitgehen, also auch eigene Schritte auf ihm tun.

Bevor er im Parlamentarischen Rat am Grundgesetz der Bundesrepublik mitgearbeitet hat, war Carlo Schmid bereits beim Aufbau des damaligen Landes Württemberg-Hohenzollern hervorgetreten. Für die Verfassungsarbeit in Bonn brachte er so einen Vorlauf an Erfahrung mit. Wir im wiederbelebten Land Brandenburg sind jetzt dabei, uns unsere Landesverfassung gleichsam im Nachlauf zu erarbeiten. Denn dem Geltungsbereich des Grundgesetzes sind wir im Oktober vergangenen Jahres beigetreten und seitdem „Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“, wie es in Artikel 1 des Brandenburger Verfassungsentwurfes heißt.

Wenn alles gut geht, werden Brandenburg und die anderen ostdeutschen Länder nach Bewältigung der gegenwärtigen Struktur- und Anpassungskrise unserer Wirtschaft die modernste Industrie haben, ebenso wie uns die Deutsche Bundespost Telecom das modernste Telekommunikationssystem verspricht. Wir streben auch an, eine moderne, heutigen Aufgaben und Herausforderungen entsprechende Landesver-



Preisträger: Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe

fassung zu erhalten. Der zur Zeit diskutierte Verfassungsentwurf „beschreitet in verschiedenen Bereichen des Verfassungsrechtes neue Wege und ist daher geeignet, der Verfassungsentwicklung Anstöße zu geben und sich auch auf die gegenwärtige Debatte über eine Reform des Grundgesetzes befruchtend auszuwirken“. So heißt es in einer Stellungnahme der Landesregierung dazu.

Das neue freie Land Brandenburg ist aus dem friedlichen Umbruch 1989/90 entstanden. Wir wissen, daß das ohne Gorbatschow nicht möglich gewesen wäre, und daß ohne die Budapester Grenzöffnung der Aufbruch der Bürger, die im Lande bleiben und es verändern wollten, möglicherweise nicht diesen Erfolg gehabt hätte. Doch der urdemokratische Akt, sich mit Nachdruck in

die eigenen Angelegenheiten zu mischen, die Teilhabe, die Partizipation des Volkes an der Gestaltung seiner Lebensgrundlagen endlich nicht mehr nur zu fordern, sondern zu praktizieren, hat dann den eigentlichen Umbruch gebracht.

Diese positive Erfahrung führt uns im Lande Brandenburg dazu, in unserer Verfassung auch Bürgerinitiativen Raum zu geben. Das soll den Parlamenten und den vorwiegend in ihrem Rahmen wirkenden Parteien, soll der repräsentativen Demokratie nichts abmarkten. Doch die politischen Mitwirkungsrechte der Bürger sollen nicht auf Parteien und Wahlen beschränkt sein. Einst hat das Bonner Grundgesetz die tatsächlich seit je vorhandenen und politisch wirkenden Parteien erstmals in einem Verfassungstext er-

wähnt und ihnen in Artikel 21 (1) die Aufgabe zugewiesen, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Im Brandenburger Verfassungsentwurf von heute wird erstmals ausdrücklich das Recht der Bürgerinnen und Bürger formuliert, sich in Bürgerinitiativen oder Verbänden „zur Beeinflussung öffentlicher Angelegenheiten“ zusammenzuschließen.

Dem korrespondiert im Abschnitt über die Gesetzgebung das Bürgerrecht, während laufender Legislaturperioden dem Landtag im Wege der Volksinitiative bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten. Das können auch Gesetzesentwürfe oder der Antrag auf Auflösung des Landtages sein. Beachtet der Landtag eine solche Initiative nicht, können Volksbegehren und schließlich Volksentscheid in Gang gesetzt werden. Über die Quoren, die hier als Hürden gesetzt werden müssen, wird noch diskutiert.

Ich weiß, daß unser Bestreben, die Partizipationsrechte der Bürger in dieser Weise zu regeln und damit die Wahldemokratie zu ergänzen, Kopfschütteln und auch lebhaften öffentlichen Widerspruch bei erfahrenen Politikern aus den alten Bundesländern gefunden hat. Vielleicht wird der Widerspruch noch lauter, wenn die Zeit für endgültige Entscheidungen heranrückt. Man erinnert uns daran, daß die Väter des Bonner Grundgesetzes seinerzeit aus guten Gründen Volksbegehren und Volksentscheid nur für die Neugliederung der Länder zugelassen haben.

Mit Recht hat seinerzeit der Parlamentarische Rat, hat also auch Carlo Schmid sich von den Negativverfahren der Weimarer Republik leiten lassen. Die demagogische Verführbarkeit des Volkes, des Souveräns, war noch in frischer Erinnerung. Es ging beim Grundgesetz und damit der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland damals darum, mit Hilfe der Besatzungsmächte die Deutschen aus dem Nazi-system heraus und in eine neue Ordnung hin-

einzuholen. Dabei wollte man sich angesichts deutscher Demokratie-Unerfahrenheit sichern gegen plebiszitäre Irrwege. Nur wir kommen heute, mehr als vier Jahrzehnte später, von einem anderen Erlebnis her. Wir bringen die Erfahrung mit, welche Triebkraft für die Gestaltung des Gemeinwesens es sein kann, wenn Bürger ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nehmen.

Mir scheint es deshalb von unserer Geschichte her unverzichtbar, daß die Verfassung die Chance einräumt, die bewährte parlamentarische Demokratie durch Elemente direkter Demokratie zu ergänzen. Dazu gehört auch, daß zum Beispiel durch eine erweiterte Auskunftspflicht der öffentlichen Stellen und durch das Recht auf Anhörung Bürgerinitiativen die Möglichkeit haben, auf laufende öffentliche Angelegenheiten Einfluß auszuüben. Nach dem Kriege hatten sich die – aus unserem Blickwinkel – west- und süd-deutschen Länder neu in die Demokratie einzuüben, schufen sich auch dafür ihre Bundesrepublik. Heute können wir uns bei unserem Weg aus der Diktatur in die Teilhabe der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten in diese Bundesrepublik Deutschland einbetten, die nun mehr als vier Jahrzehnte demokratisch erfahren und stabil ist. Wir müssen uns deshalb nicht so sehr von Mißbrauchsängsten bestimmen lassen.

In der erwähnten Stellungnahme der Landesregierung zum Verfassungsentwurf heißt es auch: „Im föderalen System des Grundgesetzes wächst den Ländern die Möglichkeit zu, in ihren Verfassungen aktuelle Fragestellungen und Probleme aufzugreifen, deren Lösung sich auf die Gesamtentwicklung als belebende Impulse auszuwirken vermögen. In diesem Sinne enthält der Verfassungsentwurf über den vertrauten Katalog der Grundrechte und das vertraute System der Aufgaben- und Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen Verfassungsorganen hinaus neue Akzentsetzungen, welche insgesamt

das eigene Verfassungsprofil des Landes ausmachen werden.“

Damit sind auch die Staatsziele angesprochen, darunter solche, von denen wir uns wünschen, daß die ganze Bundesrepublik sie sich zueigen macht und damit in das Grundgesetz aufnimmt. Über ein Staatsziel Umweltschutz besteht ja schon bereits Übereinstimmung. Ich befürworte mit der Brandenburger und der sächsischen Landesregierung die Formulierung: „Die natürlichen Grundlagen des Lebens stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“, mit dem auch die Bürger ansprechenden Zusatz: „Jeder ist verpflichtet, durch eigenes Verhalten zu diesem Schutz beizutragen.“

Ein einklagbares Recht auf Arbeit und Wohnung können weder die Länder noch der Bund garantieren. Aber dafür, beide Themen in die Staatsziele auch der Bundesrepublik aufzunehmen, wollen wir Brandenburger uns einsetzen: „Der Staat trägt zur Erhaltung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.“ Und „Der Staat fördert die Schaffung von angemessenem Wohnraum.“

Carlo Schmid war ein Europäer. Herkunft, Neigung und die politischen Möglichkeiten der damaligen Bundesrepublik brachten es mit sich, daß er insbesondere als Mittler und Dolmetscher zu unserem westlichen Nachbarn Frankreich tätig werden konnte. Hans-Jürgen Wischnewski hat erinnert, wie sehr ihm ebenfalls am Herzen lag, daß die Deutschen in ein konstruktives Verhältnis zu ihren Nachbarn im Osten Europas kommen. Hier sind nun besonders wir gefordert, hier liegt eine unserer Chancen.

Brandenburg hat eine 180 Kilometer lange Grenze zu Polen. Die Bürger beider Staaten können sie ohne Visum überschreiten, und sie tun das in großer Zahl. Die vielfältigen Möglichkeiten der Begegnung wollen wir fördern und nutzen, damit sie beide Völker bereichert.

Wir konnten erreichen, daß das deutsch-polnische Jugendwerk in Brandenburg seinen Sitz nimmt. Vor wenigen Wochen haben wir gemeinsam mit dem polnischen Bildungsminister in Frankfurt an der Oder eine Europa-Universität gegründet. Nicht nur aus Polen, auch aus anderen Ländern Osteuropas kommt der Wunsch, daß dort zum Beispiel europäisches Recht und die Sprachen des Kontinents gelehrt werden, natürlich auch Französisch.

Konrad Adenauer hat einmal bissig gemeint, hinter der Elbe fange eben Sibirien an. Ich bin längst dazu gekommen, das positiv zu wenden: Wir sind das Land, das den Weg nach Osten öffnet. Wir sind die Adresse, die man braucht, wenn man mit denen zu tun haben will, die hinter Deutschland oder vor Deutschland liegen.

Deshalb sehen wir es als eine unserer Aufgaben und Chancen an, daß wir mit den polnischen Wojewodschaften am anderen Ufer der Oder zusammenarbeiten und das Odergebiet zu einem Raum deutsch-polnischer Kommunikation machen. Die Zahl der Grenzübergänge zu vermehren und den Verkehr von der ständigen Gefahr des Infarktes zu befreien, tut es allein nicht. Wir streben eine besondere Wirtschaftszone an. Daß sich beiden Seiten gemeinsame Umweltaufgaben stellen, um die Oderlandschaft zu erhalten und doch dem Tourismus Raum zu geben, versteht sich. Eine wichtige Sache ist, die Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes zu fördern. Wir bringen in den ostdeutschen Ländern aus der vorherigen Geschichtsperiode dazu ein nützliches Erbe mit. Jeder Schüler hat zumindest Grundkenntnisse einer slawischen Sprache erworben. Das wollen wir pflegen und erhalten.

Europa steht vor der Chance und der Aufgabe, sich selber kennenzulernen. Doch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Herausforderung, die sich aus dem Verschwinden des zentralistischen Zwangssystems im Osten ergibt, birgt auch die Gefahr in sich, daß die den nördli-

chen Industrienationen auferlegte Verantwortung für die Weltentwicklung im Bewußtsein und politischen Handeln der Europäer zu stark in den Hintergrund tritt. Als kürzlich in Berlin eine von 27 europäischen Ländern beschickte Ministerkonferenz Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen erörterte, hieß ein Presse-Urteil: Die Festung probt die Abschottung!

Mir scheint es sehr wichtig, bei der notwendigen Konzentration auf die Lösung von Problemen in Europa von vornherein zu versuchen, den negativen Aspekt für die übrige Welt zu vermeiden. Um beim Beispiel zu bleiben: Es ist fraglos nötig, der illegalen Einwanderung Riegel vorzuschieben. Aber es ist ebenso nötig, die legale Einwanderung in den Blick zu nehmen und uns um ein konstruktives Steuerungssystem für Wanderbewegungen zu bemühen.

Im Weltvergleich gehören auch die meisten der zur Zeit mit massiven Wirtschaftsproblemen kämpfenden Staaten Osteuropas zu den reichen Ländern der Erde, von Westeuropa gar nicht zu reden. Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe, wo immer möglich, zur Besserung der Lebensverhältnisse in den wirklich armen Ländern dieser Welt beizutragen. Hierfür sollten weitere Ressourcen erschlossen werden. Möglichkeiten dafür bietet gewiß auch die anstehende Rüstungskonversion. Doch realistischerweise müssen wir damit rechnen, daß dies nur sehr unzureichend gelingt, und daß für nicht absehbare Zeit große Zahlen von Menschen nach Europa streben werden, um dem Elend zu Hause zu entgehen.

Zumindest die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Länder, die sich ihr anschließen oder assoziieren wollen, stehen damit vor der Aufgabe, eine gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu entwickeln. Die Abwehr der unkontrollierten Zuwanderung von Menschen, die wir bei uns

nicht aufnehmen können oder wollen, ist eine Seite. Die andere Seite ist die Verständigung darüber, wem und wievielen wir die Grenzen für einen zeitweisen oder auch dauerhaften Aufenthalt bei uns öffnen und welche Lebensmöglichkeiten wir diesen Menschen dann bieten. Dazu gehört natürlich die Harmonisierung der entsprechenden Bestimmungen der europäischen Länder, wobei sich die Orientierung an der Genfer Flüchtlingskonvention empfiehlt. Aber auch eine Diskussion darüber, welche Zuwanderung die europäische Wirtschaft verkraften kann, wieviel und welche Menschen von außerhalb sogar gebraucht werden, muß ohne Angst auszulösen möglich werden.

Welche Maßnahmen immer ergriffen werden, welche politischen Wunschvorstellungen wir im einzelnen haben mögen, ich bin überzeugt: Wir Deutschen und wir Europäer müssen uns darauf einstellen, daß die Weltsituation uns Jahr für Jahr einen kräftigen Zustrom von Menschen ganz anderer und unterschiedlicher Kulturen bringt. Die Zeit, in der die Nationen unter sich leben konnten, ist unwiderbringlich vorüber. Dies sollten wir uns und unseren Mitmenschen nüchtern vor Augen halten. Dann lassen sich Chancen herausfinden für uns und andere.

Ich habe hier keine Rezepte für eine europäische Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik vorzulegen. Aber im Zusammenhang des politischen Stils, den Hans-Jürgen Wischnewski angesprochen hat, sollen wir uns klar machen: Objektive Probleme lassen sich nicht durch Schuldzuweisungen aus der Welt schaffen. Sie eignen sich nicht als Instrumente im Wettbewerb der Parteien um Wählergunst. Alle an der politischen Diskussion Beteiligten sollten bewußt den Eindruck vermeiden, als ließe sich das Flüchtlingsproblem durch diese oder jene politische Entscheidung oder gesetzliche Regelung aus unserer Welt schaffen.

Für den Umgang mit Problemen dieser Größenordnung sind wir auf ein möglichst breites Problembewußtsein der Bürger angewiesen. Deshalb wäre es gut, Fixierungen zu vermeiden, die zur Problemlösung untauglich geworden sind. Wohl steht es dahin, ob und wann wir in Deutschland uns auf eine aktive Einwanderungspolitik verständigen werden. Aber es wird nötig, das Problem in den Blick zu nehmen. Deshalb sollten Politiker bewußt auf den Satz verzichten: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Er hilft nicht. Und er befördert politische Verweigerung bei Bürgern, die gefährliche und von niemandem gewünschte Folgen haben kann, wie wir das ja gegenwärtig erleben.

Bitte sehen Sie mir nach, daß ich die Gelegenheit genutzt habe, Ihnen etwas von meinen Hoffnungen und Sorgen vorzutragen. Nehmen Sie das als den Versuch eines konkreten Dankes für den Carlo-Schmid-Preis und meine Absicht, mich in die Tradition zu stellen und sie aktiv mit weiterzuführen, die Sie mit der Stiftung dieses Preises lebendig halten wollen.

Ich danke Ihnen.

Glückwunsch-Telegramm des Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Herr Stolpe,

über Ihre heutige Auszeichnung mit dem Preis der Carlo-Schmid-Stiftung freue ich mich von Herzen. Als Anwalt der Menschen verwirklichten Sie in den Jahren der Teilung den Auftrag der Kirche, Orientierung und Schutz zu gewähren. Ihre stets in praktizierter Mitmenschlichkeit offenbarte Integrität machte Sie Deutschen in Ost und West zum glaubwürdigen und verlässlichen Gesprächspartner. Daraufhin haben die Brandenburger Sie zu ihrem ersten Landesvater gewählt, und die vielfältigen, kritisch-konstruktiven Gedanken, die wir von Ihnen empfangen, bekräftigen Ihre Wahl. Einen Hüter humanen Denkens und Handelns der ehemaligen DDR im vereinten Deutschland zu ehren, entspricht unserem tiefen Empfinden. So knüpfe ich an den heutigen Tag auch die Hoffnung, daß die besonnenen und streitbaren Bürger, die wie Sie so nachdrücklich für die Menschenrechte kämpfen, in Ihrer Auszeichnung unseren Dank und unsere Achtung erkennen.



Im Gespräch: Siegmur Mosdorf, Dr. Manfred Stolpe und Ulrich Maurer

Grußwort des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Manfred Stolpe,

bei der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises – so Alfred Grosser bei der 1. Preisverleihung vor zwei Jahren – gehe es darum, das „Toleranz-Defizit innerhalb der deutschen Politik zu vermindern. Nicht die Toleranz der Gleichgültigkeit, der Skepsis, der reinen Permissivität den anderen und sich selbst gegenüber, sondern die Aufgeschlossenheit für den Teil der Wahrheit, der bei Andersdenkenden, beim Andersseienden vorhanden sein mag, verbunden mit dem Willen, das mit Überzeugung durchzusetzen, was einem als wesentlich erscheint.“

Es wird auch diese Überlegung gewesen sein, die das Kuratorium bewogen hat, den diesjährigen Preis dem Brandenburgischen Ministerpräsidenten zu verleihen. Einem Kollegen und Genossen, der die politischen Verhältnisse in „seinem“ Land mit eben dieser Toleranz gestaltet, der in dieser schwierigen Umbruchsituation überzeugend das vorlebt, was Gustav Heinemann den „mündigen Bürger“ genannt hat: „Einmaliges Aufbegehren aus besonderer persönlicher Betroffenheit zählt allerdings wenig. Wie Menschsein stets auch Mensch-werden bedeutet, so heißt mündiger Bürger-sein sich stets neu als solcher zu bewähren.“ Mit großer Geduld und Beharrlichkeit arbeitet Manfred Stolpe daran, die Erfolge der friedlichen Revolution für die Brandenburgerinnen und Brandenburger zu einer dauerhaft erlebbaren Verbesserung ihres täglichen Lebens werden zu lassen, und zwar keineswegs nur zu einer materiellen Verbesserung.

Ich verstehe diese Preisverleihung aber nicht nur als Würdigung der politischen Leistung Manfred Stolpes. Ich verstehe sie auch als Aufforderung an uns Deutsche im Westen unseres Landes. Als Aufforderung im Sinne Carlo Schmidts, der 1958

feststellte: „Ich habe oft Gelegenheit, mit Jugendlichen zu sprechen, die zu uns geflohen sind. Ich höre manche Kritik an uns, an uns braven Wirtschaftswunderkindern. Den Besten jener, die kommen, gefällt die satte Selbstzufriedenheit der Menschen gar nicht, in der sich so viele bei uns wohlgefallen und wohlfühlen. Die Jungen vermissen bei uns manchmal den Schwung der Idee, von dem sie glaubten, daß sie in einer freien Welt immer und überall spürbar sein mußte. Sie möchten, daß man von ihnen etwas fordere und daß man ihnen zeige, wo die Aufgaben liegen, die die Freiheit uns doch stellen müsse, die die Freiheit der Menschen immer stellen muß, wenn er wirklich frei sein soll zu etwas und nicht nur frei sein soll von etwas. Das erst ist Freiheit.“

Ich denke, daran hat sich bis heute nichts wesentliches geändert. Vielleicht vermißt auch Manfred Stolpe bei uns manchmal den Schwung der Idee. Deshalb: Nutzen wir die Chance der Einigung und stellen wir uns auch den kulturellen und geistigen Herausforderungen, den drängenden Fragen derjenigen, die solange unfrei waren, ob wir uns ausreichend um die Aufgaben, die die Freiheit stellt, bemühen! Vielleicht gelingt es uns dann gemeinsam, aus diesem Land etwas werden zu lassen, was Carlo Schmid unter „Nation“ verstand: „ein Plebiszit, das sich jeden Tag wiederholt.“

Grußwort der Präsidentin des Deutschen Bundestages

In jährlicher Abstimmung verleiht die Carlo-Schmid-Stiftung den Carlo-Schmid-Preis mit dem Ziel, das demokratische Staatswesen in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland durch die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR und den Beitritt der neuen Bundesländer am 4. Oktober 1990 größer geworden ist, ist es nur folgerichtig, daß die Verleihung des Carlo-Schmid-Preises 1991 dieser historischen Entwicklung Rechnung trägt. Ausgezeichnet wird in diesem Jahr der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe „in Anerkennung der bedeutenden Rolle, die er bei der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR übernommen hat und in Anerkennung seiner großen Gestaltungskraft als Ministerpräsident“.

Dieser Begründung ist nur wenig hinzuzufügen. Betonen möchte ich dennoch zum einen die Tatsache, daß es Manfred Stolpe in seiner Funktion als „Sprecher der Protestanten“ – wie er in Biographien bezeichnet wird – in der damaligen DDR gelungen ist, in schwieriger Zeit die Anliegen und Rechte der Kirche und der Andersdenkenden immer wieder zu Gehör zu bringen. Zum anderen ist besonders hervorzuheben, daß Manfred Stolpe sich nach dem Beitritt der neuen Bundesländer in besonderer Weise für eine partiübergreifende Zusammenarbeit bei der Lösung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme eingesetzt hat. Jenseits parteipolitischer Interessenlagen und Polemiken hat der Ministerpräsident von Brandenburg in vorbildlicher Weise immer wieder verdeutlicht, wie unverzichtbar es in einem demokratischen Staat ist, gemeinsame Probleme durch gemeinsames politisches Handeln anzugehen und zu lösen.

Auch in diesem Sinne hat Manfred Stolpe zweifellos wesentliche Beiträge zur „politischen Kultur im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmid“ geleistet – Beiträge, auf die eine lebendige, glaubwürdige parlamentarische Demokratie nicht verzichten kann. Mit meinem herzlichen Glückwunsch an den Carlo-Schmid-Preisträger 1991 Manfred Stolpe verbinde ich zugleich die besten Wünsche für das weitere Wirken der Carlo-Schmid-Stiftung.

Biographische Stationen im Leben von Carlo Schmid

Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben seit längerer Zeit an der Schaffung einer Stiftung für den Sozialdemokraten Carlo Schmid gearbeitet.

Seit 1983 gab es die Idee, an Carlo Schmid und sein Lebenswerk zu erinnern.

Carlo Schmid wurde am 3. Dezember 1896 im katalanischen Südwest-Frankreich in Perpignan geboren. Ab 1908 verbrachte Carlo Schmid die Jahre der Ausbildung am Karlslyzeum in Stuttgart, die Studienjahre in Tübingen und die Jahre der Promotion bei Professor Dr. Hugo Sinzheimer an der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Carlo Schmid wurde nach seinem juristischen Staatsexamen Rechtsanwalt, bevor er 1925 in den württembergischen Justizdienst eintrat. Er assistierte bei Prozessen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. 1929 habilitierte er sich an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität für Völkerrecht und internationales Privatrecht in Tübingen.

Aufgrund mangelnder „weltanschaulicher und politischer Zuverlässigkeit“ im Sinne der NS-Ideologie wurde er nicht für befähigt gehalten, einen Lehrstuhl zu übernehmen. So blieb er Landgerichtsrat am Tübinger Amtsgericht und ihm verblieb der akademische Titel des „Privatdozenten“.

Ab 1940 wurde Carlo Schmid aufgrund seiner perfekten französischen Sprachkenntnisse und seiner völkerrechtlichen Studien als Militärverwaltungsrat nach Lille abkommandiert.

Nach der Nazi-Herrschaft wurde Carlo Schmid 1946 Ordentlicher Professor für Völkerrecht in Tübingen und 1953 Professor für politische Wissenschaften an der Universität Frankfurt. Am 25. Mai 1945 trat in Tübingen ein vorläufiger Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählte Carlo Schmid zum Vorsitzenden. Am 5. Dezember 1946 wurde Carlo



Preisträger: Klaus von Bismarck und Dr. Manfred Stolpe

Schmid zum Präsidenten für Südwürttemberg-Hohenzollern gewählt. Carlo Schmid hat als Mitglied des Parlamentarischen Rates großen Einfluß auf die Gestaltung unseres Grundgesetzes genommen.

Von 1949 bis 1972 war Carlo Schmid als Mannheimer Abgeordneter Mitglied des Deutschen Bundestages. 1966 bis 1969 war er Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder und 1969 bis 1972 war er Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Carlo Schmid trat neben seinem politischen und kulturellen Engagement auch durch seine literarischen Werke und Übersetzungen, zum Beispiel von Baudelaire, Calderon und Malraux hervor. Carlo Schmid starb am 11. Dezember 1979 in Bad Honneff.

Carlo-Schmid-Preis an Manfred Stolpe im Spiegel der Presse

Carlo-Schmid-Preis an Stolpe verliehen

Mannheim. (mn - Eigener Bericht) Die Verleihung des Carlo-Schmid-Preises an ihn hat der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe zu einem Aufbruch für eine „aktive Einwanderungspolitik“ genutzt. „Politiker sollten bewußt auf den Satz verzichten: Deutschland ist kein Einwanderungsland“, sagte Stolpe am Wochenende in Mannheim. Der SPD-Politiker forderte, sich auf einen „kräftigen Zustrom von Menschen“ einzustellen. Dies müsse die Politik öffentlich vertreten, um einer gefährlichen Verweigerungshaltung der Bürger entgegenzuwirken, sagte er mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen Asylbewerber. Den mit 10 000 Mark dotierten Preis, den die Carlo-Schmid-Stiftung verleiht, erhielt Stolpe auch für seinen Verdienst um die friedliche Revolution in der DDR (Bericht S. 2).



Eine Plastik des Berliner Bildhauers Hans Scheib überreichte Baden-Württembergs SPD-Chef Uli Maurer (rechts) dem Carlo-Schmid-Preisträger Manfred Stolpe am Wochenende in Mannheim. Bild: Neusch

Mannheimer Morgen 11. 11. 1991

Carlo-Schmid-Preisverleihung

Reverenz für Ministerpräsident Manfred Stolpe

Zahlreiche politische Prominenz hielt sich am Wochenende in der Quadratestadt auf. Allen voran – und das zum ersten Mal – Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe, nach der jüngsten Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen vom Freitag immerhin nach Genscher, Schäuble und Engholm Deutschlands beliebtester Politiker und Hoffnungsträger der ansonsten in der Diaspora lebenden Genossen in Ostdeutschland. Anlaß war die Verleihung des zweiten Carlo-Schmid-Preises der gleichnamigen, in Stuttgart beheimateten Stiftung. (Siehe Seite „Rhein-Neckar-Main“) Und da der „homme de lettres“ Carlo Schmid nicht nur einer der Väter unserer Verfassung, sondern, was wohl kaum jemand in der übrigen Bundesrepublik weiß, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Mannheim war, findet die Verleihung regelmäßig im Mannheimer Schloß statt. Daß dies durchaus gerechtfertigt ist, das machte nicht ohne Stolz Oberbürgermeister Gerhard Widder in seinem Grußwort deutlich: „Bei jeder Bundestagswahl zwischen 1949 und 1969 haben die Mannheimer ihm als Abgeordneten mit überwältigender Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen, er ist auch Ehrenbürger unserer Stadt.“

Auch für den diesjährigen Preisträger fand das Stadtoberhaupt lobende Worte und zwar aus der illustrierten „Stern“, die er zitierte: „Eine glänzende Integrationsfigur im schwer-veiminten Niemandsland der deutsch-deutschen Mißverständnis-



MIT DEM CARLO-SCHMID-PREIS wurde vom Kuratorium gleichen Namens am Samstag im Rittersaal des Schlosses Ministerpräsident Manfred Stolpe ausgezeichnet. Die Festredner gedachten des großen alten Mannes der SPD, langjährigen Mannheimer Bundestagsabgeordneten und Ehrenbürger. Unser Foto links zeigt den ersten Carlo-Schmid-Preisträger, Klaus von Bismarck, neben Manfred Stolpe und Festredner „Ben Wisch“, Hansjürgen Wischniewski (Foto rechts).

se“. Einer solch scharfen Analyse konnte sich auch der CDU-Minister Klaus von Trotha nicht verschließen, der ja vergangene Woche schon so oft in Mannheim war, daß er bald seinen Wohnsitz hierher verlegen kann. Überhaupt war die CDU bei dieser Veranstaltung einer Stiftung, die der SPD nicht fern steht, gut vertreten: neben Landtagsabgeordnetem Gerhard Bloemcke und Fraktionschef Hans Martini auch dessen Stellvertreter Robert Düssel und Stadtrat Waldemar Hildenbrand. Gleichwohl, die Genossen bildeten noch die Überhand an Zahl und Rang. So etwa die Festredner Hans-Jürgen Wischniewski, der als Krisenmanager „Ben Wisch“

bekannt gewordene Staatsminister im Kanzleramt Helmut Schmidts, der langjährige Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Präsident des Deutschen Mieterbundes Gerhard Jahn und sein früherer Kollege Konrad Porzner, seit kurzem Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Das Protokoll hatte den Geheimdienstchef und seine Frau, neben den Rektor der Universität Mannheim, Otto H. Jacobs, plazierte. Kaum jemand wird ihn gekannt haben. Einer, der ihn doch erkannte, feixte über ihn als „Deutschlands bekanntestem Landwirt“. Denn in letzter Zeit hat es ja der BND mit Landmaschinen ... kon

Rhein-Neckar-Zeitung 11. 11. 1991

Carlo-Schmid-Preis für Manfred Stolpe

Manfred Stolpe, der brandenburgische Ministerpräsident, gilt vielen als ein Glücksfall für das vereinte Deutschland. Und damit ist der SPD-Politiker auch ein Glücksfall für Preisverleihungen. Denn der Preis schmückt nicht nur den Geehrten, auch auf die Verleiher fällt ein wenig von dem Glanz der eindrucksvollen Persönlichkeit ab. Auch so betrachtet hat die noch junge Carlo-Schmid-Stiftung, die den Preis erst zum zweiten Mal verleiht, eine gute Wahl getroffen, als sie sich für Stolpe entschied.

Daß der brandenburgische Landeschef, der seine Kabinettsitzungen eher moderiert als daß er sie mit starker Hand führt, ein Meister im Zuhören ist, konnte er auch auf der Feierstunde zur Preisverleihung im Mannheimer Schloß unter Beweis stellen. Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) sah ihn in seiner Laudatio als „einen Hoffnungsträger für die politische Kultur in Deutschland“, als einen, der sich mit dem politischen Gegner auseinandersetzt, ohne zu verletzen. „Ben Wisch“, selbst ein Preuße, beschrieb Manfred Stolpe (1936 im pommerischen Stettin geboren) als einen „guten Preußen“, tolerant und pflichtbewußt in seiner Sorge um das Gemeinwohl.

Und eben darin erkannten viele der Redner, ob der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder oder der baden-württembergische Wissenschaftsminister Klaus von Trotha, die Verbindung zum weltweiten Schwaben Carlo Schmid. „Nachsicht, Augenmaß und Toleranz“ zeichne beide aus, den ehemaligen Mannheimer Bundestagsabgeordneten Carlo Schmid wie den Verwaltungschef der Brandenburgischen Kirche, der Stolpe zu DDR-Zeiten war. Noch ein weiteres haben Schmid und Stolpe gemeinsam: Beide blieben während der Zeit der Diktatur im Lande: Schmid als Jurist während im Dritten Reich und Stolpe als Mittler zwischen SED-Staat und oppositionellen Gruppen in der Kirche. Ob er dabei



Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (l.) ist der zweite Carlo-Schmid-Preisträger. Baden-Württembergs SPD-Landesvorsitzender Uli Maurer (r.) überreichte Preis und Statue beim feierlichen Festakt am 9. November im Mannheimer Schloß. Foto: dpa/Walter Neusch

immer den aufrechten Gang durchhalten konnte, wird von manchen, die nach Stasi-Akten über Stolpe fahnden, bezweifelt – für Wischniewski Anlaß genug, sich demonstrativ hinter den Preisträger zu stellen.

Die Carlo-Schmid-Stiftung, 1986 vom baden-württembergischen SPD-Landesverband gegründet, sieht dies genauso. Der SPD-Landeschef Uli Maurer vergab als Vorsitzender des Kuratoriums den mit 10 000 Mark dotierten Preis (plus einer Plastik des Berliner Bildhauers Hans Scheib) nicht nur für Stolpes Leistung als Ministerpräsident, sondern auch für „die bedeutende Rolle“, die er bei der friedlichen Revolution in der DDR übernommen habe. Die namhaften Kuratoriumsmitglieder – wie Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter oder der Politologe Alfred Grosser – hatten sich bei ihrem ersten

Preisträger 1989 auf den ehemaligen Chef des Goethe-Institutes Klaus von Bismarck verständigt. In beiden Gelehrten sahen sie Erben der humanistischen Tradition Carlo Schmidts.

Stolpe selbst wollte sich nach all den Lobreden auf ihn nicht auch noch mit seiner Person auseinandersetzen – und bestätigte bei seinem Vortrag doch manches zuvor über ihn gesagte. Ob der Sozialdemokrat in der Verfassungsdiskussion für sanftere Reformen, etwa durch Volksentscheide, plädierte oder die Asyldebatte aus dem ideologischen Fahrwasser bringen wollte – er tat dies mit Augenmaß. So machte Stolpe deutlich, unter sich leben können, ist unwiederbringlich vorbei. Der Politiker warnte davor, so zu tun, als sei dieses Problem mit Abschottung aus der Welt zu schaffen.

Martin Noé

Das Parlament 15. 11. 1991

Florett ist „seine Waffe“

Carlo-Schmid-Preis für Ministerpräsident Manfred Stolpe

Staatsminister im Bundeskanzleramt so Wischniewski, habe er sich als „Hoffnungsträger für die politische Kultur“ erwiesen: „Er hat ein Gespür für das, was die Menschen bewegt. Parteilich ist in seiner Sprache nicht zu finden. Statt Holzhammer ist das Florett seine Waffe.“ Eine „glückliche Hand“ bei der Auswahl des Preisträgers bescheinigte der SPD-nahen Stiftung auch der CDU-Wissenschaftsminister Klaus von Trotha. So wie Carlo Schmid in der NS-Zeit, so sei auch Manfred Stolpe in der SED-Zeit „sauber“ geblieben. Allerdings gebe es einen Unterschied: während nach 1945 eine Übergangszeit zum Neubeginn bestand, müßten die neuen Bundesländer aus dem Stand aufgebaut werden. Weiche Schwierigkeiten es dabei gibt, das berichtete Stolpe in seiner Rede. Langfristig werde es jedoch besser werden: „Brandenburg ist die Brücke in den Osten und wird die moderne Wirtschaft Europas haben.“ Auch die Verfassung werde modern. Aus den Erfahrungen der Bürgerrechtsbewegung würden zahlreiche plebiszitäre Elemente, wie etwa

1990 trat Stolpe der neugegründeten SPD bei, wurde ihr Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen im neuen Land Brandenburg und fuhr den einzigen SPD-Sieg in Ostdeutschland ein. Seit Ende 1990 regiert er mit einer Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen. In dieser Zeit,



MANFRED STOLPE – ein Hoffnungsträger politischer Kultur

Volksabstimmungen eingebracht: „Das ist ein Impuls für das ganze Deutschland.“ Kon

Rhein-Neckar-Zeitung 12. 11. 1991

Carlo Schmid – ein Europäer, dessen Gegenwart uns heute fehlt

Der ehemalige Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete und Verfassungsrechtler wäre jetzt 95 Jahre alt



Humanist und homme de lettres: Carlo Schmid wäre heute 95 Jahre alt geworden. Bild: Tappe

Von Siegmund Mosdorf

Der alte Kontinent Europa erhält eine neue Architektur. Dabei werden teilweise auch tragende Wände verändert oder erneuert. Wie schmal der Grat ist, auf dem Europa gerade wandelt, wird klar, wenn man nach Jugoslawien, Polen oder in das Marseille von Le Penn schaut. Man kann sich einfach vergegenwärtigen, daß eine Übernachtung im „Hotel Moskau Pentagone“ umgerechnet 10 000 Rubel kostet, während ein russischer Arbeiter nicht mehr als 500 Rubel im Monat verdient. Das Europa von heute erinnert sehr an die Spannung, die zwischen den beiden Werken mit dem selben Titel von Max Ernst liegt: „L'Europe après la pluie“ – „Europa nach dem Regen“. Das eine 1933 entstanden, zeigt einen mit Afrika zusammengewachsenen und mit Asien verwobenen Kontinent Europa. Und das andere, 1942 entstanden, ist ein „Trümmer-Gemälde“. In diesem Spannungszustand befindet sich Europa heute.

Heute? Genau heute vor 95 Jahren wurde im südfranzösischen Perpignan ein Europäer geboren, den man mit seiner Vernunft und seinem Humanismus auch heute wieder brüchete: Carlo Schmid, den die Mannheimer über 20 Jahre lang direkt in den Deutschen Bundestag gewählt haben. Die Ideen und Visionen, der Humanismus, den er verkörperte, und die politische Kul-

tur dieses Staats- und Völkerrechtlers, dieses großen Parlamentarier und Homme de lettres leben weiter. Carlo Schmid war ein früherer Europäer, eng verbunden mit der französischen Heimat seiner Mutter und mit der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa. Frankreich war nicht nur das Zuhause seiner Kindheit, war für ihn nicht nur die Zeit als Militärverwaltungsrat in Lille, die Résistance. Carlo Schmid hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auch als Staatsrat von Württemberg-Hohenzollern wichtige Verhandlungen mit der französischen Militärregierung zu führen.

Frankreich hieß später für Carlo Schmid aber auch die Begegnung mit de Gaulle, der Elysée-Vertrag, die Westeuropäische Union und der Weg zu einer europäischen Gemeinschaft. Mit der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa war Carlo Schmid durch sein Engagement in der Deutschlandpolitik verbunden. An den Verhandlungen 1955 in Moskau, die Adenauer führte, nahm Schmid als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses teil. Später begleitete er Willy Brandt zu dessen historischer Polenreise nach Warschau. Die letzte Reise führte Carlo Schmid Anfang Dezember 1979 nach Berlin. Damals fand dort der Bundesparteitag der SPD statt, und Carlo Schmid wurde anlässlich seines 83. Geburtstag gefeiert. Kurz darauf – am

11. Dezember 1979 – starb er im Alter von 83 Jahren.

Zwölf Jahre danach haben sich viele Träume und Ideen von Carlo Schmid über die Zukunft Deutschlands und Europas in rasender Geschwindigkeit realisiert. Oft hat er Deutschland als „terra magica“ beschrieben, als Mitte eines spannungsreichen Kontinents. 1954 fragte Carlo Schmid mit Heinrich Heine: „Und Deutschland? Ich weiß nicht. Werden wir endlich von unseren Eichenwäldern den rechten Gebrauch machen, nämlich die Barrikaden für die Befreiung der Welt aufzurichten? Werden wir, denen die Natur soviel Tiefsinn, soviel Kraft, soviel Mut erteilt hat, endlich unsere guten Gaben benutzen und das Werk des großen Meisters, die Lehre von den Rechten der Menschheit, begründen, proklamieren und in Erfüllung bringen?“ Darin sah Heine die den Deutschen vorbestimmte Größe, nicht anders als Schiller sie in seinem Fragment „Deutsche Größe“ formulierte, nicht anders als Hölderlin sie im „Hyperion“ sah, klagend über sein Volk, „das so gedankenarm und tatenreich sei“.

Und heute auch wieder gedankenreich und tatenarm? Oder muß vieles von dem, was sich heute in Deutschland und Europa entwickelt, als ereignisreich aber gedankenlos bezeichnet werden: der sich nun ausbreitende Nationalismus, der Rechtspopulismus und der Erosismus?

Europa steht nicht nur im Osten vor großen Herausforderungen, sondern auch im Westen. Ein Mann wie Carlo Schmid hätte heute viel einzubringen in den Umbau des alten Kontinents. Sicher würde er sich an der Erneuerung des Grundgesetzes beteiligen und mit viel Elan an der ersten Europäischen Verfassung mitwirken, an der wir ja wohl auch endlich anfangen müssen zu arbeiten. Europa wird Ende 1992 einen gemeinsamen Binnenmarkt haben. Bis 1998 wird Europa wohl eine gemeinsame Währung und bis 2000 ein gemeinsames Verteidigungsbündnis haben. Dies alles darf nicht ohne gemeinsame Grundrechte und Grundüberzeugungen, nicht ohne eine gemeinsame Europäische Verfassung stattfinden. Es gibt keinen besseren Anlaß als den 95. Geburtstag von Carlo Schmid, um die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung zur Ausarbeitung einer ersten gemeinsamen Verfassung für Europa zu fordern.

Unser Autor Siegmund Mosdorf ist baden-württembergischer Bundestagsabgeordneter der SPD und Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung, die alle zwei Jahre den Carlo-Schmid-Preis verleiht. Die Auszeichnung wurde in diesem Jahr in Mannheim an den brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe verliehen.

Mannheimer Morgen 3. 12. 1991

Stolpe für europäische Asylpolitik

Carlo-Schmid-Preis in Mannheim an brandenburgischen Ministerpräsidenten verliehen

be. MANNHEIM. Der Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, ist am 9. November in Mannheim mit dem von einer SPD-nahen Stiftung verliehenen Carlo-Schmid-Preis für besondere Beiträge zur Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats, des Sozialstaats, der liberalen politischen Kultur sowie der europäischen Verständigung ausgezeichnet worden. In seiner Dankrede schilderte Stolpe den Entwurf für die Verfassung des Landes Brandenburg und der übrigen Länder der früheren DDR. Von der Geschichte her scheint es unverzichtbar, daß die Verfassung von Brandenburg die Chance einräume, die bewerte parlamentarische Demokratie zu ergänzen durch Elemente direkter Demokratie. Dazu gehöre eine erweiterte Auskunftspflicht der öffentlichen Stellen gegenüber Bürgerinitiativen sowie deren Recht auf Anhörung, um Einfluß auf die laufenden öffentlichen Angelegenheiten auszuüben. Stolpe wies auf die Erfahrung hin, welche Triebkraft für die Gestaltung des Gemeinwesens es sein könne, wenn Bürger ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

Daher müßten wir uns nach mehr als vier Jahrzehnten demokratischer Erfah-

ung und Stabilität heute nicht zu sehr von Mißbrauchsängsten gegenüber der Partizipation der Bürger angesichts der Negativerfahrung der Weimarer Republik bestimmen lassen, wie das seinerzeit bei der Schaffung des Grundgesetzes und der Bundesrepublik geschehen sei. Der Verfassungsentwurf für Brandenburg sehe daher das Recht für Bürgerinitiativen oder Verbände vor, dem Landtag durch Volksinitiativen bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten. Das könnten auch Gesetzentwürfe oder der Antrag auf Auflösung des Landtags sein. Bei Nichtbeachtung solcher Initiativen könnten Volksbegehren und Volksentscheid in Gang gesetzt werden. Über die Hürden dafür werde noch diskutiert. Staatsziele sollten nach der Ankündigung von Stolpe in der Landesverfassung genannt werden, beispielsweise durch eigenes Verhalten zum Umweltschutz beizutragen. Der Beitrag des Landes zum Staatsziel Arbeit und Wohnung sollte aber keine einklagbaren Rechte begründen. Diese Ziele der Verfassung sollte sich auch die ganze Bundesrepublik zu eigen machen.

Das Gebiet der Oder will Brandenburg an der Grenze zu Polen zu einem Raum deutsch-polnischer Kommunikation ma-

chen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft stehen nach Stolpes Worten vor der Notwendigkeit, zwar die illegale Einwanderung zu bekämpfen, sich aber um ein Steuerungssystem für Wanderbewegungen zu bemühen und hierfür eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Die Zeit, in der Nationen unter sich leber konnten, sei unwiderbringlich vorbei. „Und den Satz „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ sollte verächtlich werden, weil er nicht helfe und bei Bürgern die politische Verweigerung fördere.“

Künftig will die Carlo-Schmid-Stiftung nach der Ankündigung ihres Vorsitzenden, MdB Siegmund Mosdorf, die Arbeit mit Jugendlichen organisieren. In seinem Glückwunschtelegramm an Stolpe hob Bundespräsident von Weizsäcker die Menschlichkeit und Integrität des Politikers Stolpe hervor. Dieser habe in den Jahren der Teilung als Anwalt der Menschen den Auftrag der Kirche verwirklicht, Orientierung und Schutz zu gewähren. Im Grußwort der Landesregierung von Baden-Württemberg sprach Kultusminister Klaus von Trotha die Anerkennung der prägenden Kraft des Politikers Stolpe aus. Die Laudatio hielt der frühere Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski mit dem Hinweis, daß Stolpe im täglichen Umgang mit den Menschen ein Hoffnungsträger politischer Kultur sei. Der SPD Landesvorsitzende Ulrich Maurer aus Stuttgart hob die bedeutende Rolle Stolpes und dessen politische Gestaltungskraft bei der friedlichen Revolution in der DDR hervor. Mannheim war früher der Wahlkreis Carlo Schmid. Hier war der Preis zum ersten Mal vor zwei Jahren an Klaus von Bismarck verliehen worden, den früheren Intendanten des Westdeutschen Rundfunks.

Stuttgarter Zeitung 11. 11. 1991

Carlo-Schmid-Preis an Manfred Stolpe

Stuttgart. (Isw) Der diesjährige Carlo-Schmid-Preis wird an den Ministerpräsidenten von Brandenburg, Manfred Stolpe (SPD), verliehen. Das Kuratorium der Carlo-Schmid-Stiftung teilte gestern in Stuttgart mit, Stolpe werde in Anerkennung seiner bedeutenden Rolle bei der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und in Anerkennung seiner großen Gestaltungskraft als Ministerpräsident geehrt. Der Preis wird am 9. November im Mannheimer Schloß überreicht.



Manfred Stolpe

Mannheimer Morgen 26. 9. 1991

Auszüge aus der Satzung der Carlo-Schmid-Stiftung

§ 1 – Name und Sitz

Die Stiftung führt den Namen CARLO-SCHMID-STIFTUNG.

Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in Stuttgart.

§ 2 – Zweck

Die Stiftung hat den Zweck, das demokratische Staatswesen in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Im Rahmen dieses Stiftungszwecks ist vorgesehen, Personen, Gruppen oder Organisationen, die durch ihr Lebenswerk oder Publikationen, Aktionen oder Handlungen einen Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats, des Sozialstaats und der liberalen politischen Kultur in und außerhalb Baden-Württembergs sowie zur europäischen Verständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmidts geleistet haben, auszuzeichnen.

Die Carlo-Schmid-Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des dritten Abschnitts der AO. Gem. § 55 AO verfolgt sie nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Die Mittel der Stiftung werden weder unmittelbar noch mittelbar zur Unterstützung politischer Parteien eingesetzt.

Die Stiftung ist selbstlos tätig. Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Der SPD-Landesverband erhält bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als die zum Zwecke der Ausstattung zugewendeten Beträge sowie eventuell gezahlte Zustiftungen zurück.

§ 4 – Leistungen

Die Stiftung verleiht in jährlichen Abständen eine Carlo-Schmid-Medaille. Diese Medaille wird verliehen an Personen, Gruppen oder Organisationen, die durch ihr Lebenswerk oder Publikationen, Aktionen oder Handlungen einen Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaats und der liberalen politischen Kultur in und außerhalb Baden-Württembergs sowie zur europäischen Verständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmidts geleistet haben.

Die Verleihung der Carlo-Schmid-Medaille wird verbunden mit einer finanziellen Zuwendung aus den Erträgen des Stiftungskapitals. Die Höhe der Zuwendung wird durch einen Beschluß des Stiftungsvorstands anlässlich jeder Verleihung gesondert festgelegt.

Bei seinen Entscheidungen handelt der Vorstand entsprechend dem Stiftungszweck nach pflichtgemäßem, jedoch weder behördlich noch gerichtlich nachprüfbarem Ermessen.

§ 5 – Vorstand

Die Stiftung wird vom Vorstand verwaltet, der aus mindestens 2 Personen besteht.

Kraft Amtes gehört dem Vorstand der Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes als 1. Vorsitzender an. Bis zu zwei weitere Vorstandsmitglieder werden mehrheitlich durch den Gesamtvorstand des SPD-Landesverbandes bestimmt. Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt, mit Ausnahme des SPD-Landesgeschäftsführers, zwei Jahre.

Die Vorstandsmitglieder sind je einzeln befugt, die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Nach dem Ermessen des Vorsitzenden werden Beschlüsse des Stiftungsvorstandes in Sitzungen oder durch schriftliche Abstimmung gefaßt.

Zu den Sitzungen des Stiftungsvorstandes sind die Mitglieder vom Vorsitzenden unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes schriftlich oder mündlich zu berufen. Der Vorsitzende kann diese Aufgabe auf ein anderes Vorstandsmitglied übertragen.

Beschlußfähig ist der Stiftungsvorstand, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende, anwesend sind. Schriftliche Abstimmungen können nur vorgenommen werden, wenn sich alle Vorstandsmitglieder hieran beteiligen.

§ 6 – Kuratorium

Der Vorstand bestimmt im Einvernehmen mit dem SPD-Landesverband ein Kuratorium.

Das Kuratorium unterscheidet über die Verleihung der Carlo-Schmid-Medaille entsprechend den in §§ 2 und 4 geregelten Grundsätzen. Der Vorstand und die Mitglieder des Kuratoriums sind vorschlagsberechtigt.

Bei seiner Entscheidung handelt das Kuratorium entsprechend dem Stiftungszweck nach pflichtgemäßem, jedoch weder behördlich noch gerichtlich nachprüfbarem Ermessen. Ein Beschluß, mit welchem die Verleihung der Carlo-Schmid-Medaille erfolgt, bedarf einer Mehrheit von 3/4 der in der jeweiligen Kuratoriums-Sitzung anwesenden Mitglieder.

Das Kuratorium wird aus 12 Persönlichkeiten gebildet. Kraft Amtes ist der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Mitglied des Kuratoriums; gleichzeitig führt er den Vorsitz. Im Kuratorium müssen stets auch parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeiten oder Persönlichkeiten mit parteipolitischer Bindung außerhalb der SPD vertreten sein.

Die Berufung der Kuratoriums-Mitglieder erfolgt jeweils für einen Zeitraum von 3 Jahren. Zu den Sitzungen des Kuratoriums hat der Stiftungsvorstand jeweils mindestens 4 Wochen vorher schriftlich einzuladen.

Das Kuratorium ist beschlußfähig, sofern 2/3 seiner Mitglieder anwesend sind.

CARLO-SCHMID-STIFTUNG

Postanschrift: Dr. Ulrich Weidner,
Rotebühlstr. 50, 7000 Stuttgart 1,
Telefon 0711/62 50 36

Dem Vorstand gehören an:

Vorsitzender: Siegmur Mosdorf, MdB,
Dr. Renate Lepsius, Dr. Ulrich Weidner.

Dem Kuratorium gehören an:

Vorsitzender: Ulrich Maurer, MdL
Prof. Dr. Klaus von Beyme,
Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde,
Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB,
Prof. Dr. Thomas Ellwein,
Dr. Peter Glotz, MdB,
Prof. Dr. Alfred Grosser,
Friedrich Hölscher,
Hans-Jörg Kimmich,
Edzard Reuter,
Wolfgang Thierse, MdB,
Gerhard Widder,
Dr. Monika Wulf-Mathies.

DER CARLO-SCHMID-PREIS

Die Preisträger erhalten neben dem Geldpreis auch eine Plastik des Künstlers Hans Scheib: die Bronze stellt in Anlehnung an Hölderlins „Hyperion“ eine Figur dar, die den „Schritt nach vorn – den Fortschritt“ wagt.

Hans Scheib wurde 1949 in Potsdam geboren und studierte von 1971 bis 1976 an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden.

Von 1976 bis 1984 lebte er als Bildhauer in Ost-Berlin, am Penzlauer Berg. Seit 1985 lebt und arbeitet er in West-Berlin.

Ausstellungen: Berlin, Mannheim, Amsterdam u. a.

Preisträger

1989 Klaus von Bismarck

1991 Dr. Manfred Stolpe

Sehr geehrte Freunde und Förderer:

Unsere Stiftung finanziert ihre Arbeit aus Spenden. Sie sind steuerbegünstigt. Auch Ihre Hilfe wird dankbar begrüßt! Sie helfen uns, die im Aufbau befindliche Stiftung und ihre Aktivitäten auszubauen.

Bankverbindung:

Bank für Gemeinwirtschaft,

BLZ 600 101 11, Konto 1 048 509 400.
